

Protokoll



22. Sitzung vom 4. Juni 2012

Seite 505

str

Behörde	Gemeinderat (Doppelsitzung)
Traktanden	Siehe unten
Sitzungsdatum/Zeit	Montag, 4. Juni 19.00 Uhr – 22.05 Uhr
Sitzungsort	Sitzungssaal Untermosen, Gulmenstrasse 4
Teilnehmende	35 Mitglieder des Gemeinderats und der Stadtrat, Heinz Kundert, Stadtschreiber, Melanie Imfeld, Ratssekretärin (Protokoll), Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv. (Protokoll) sowie Paul Bossert, Ratsweibel
Entschuldigte	--

Traktanden

1. Mitteilungen
2. Protokollabnahme vom 2. April 2012
3. Weisung 16, vom 5. Dezember 2011, betreffend Erweiterung der Anzahl der Lektionen in Musikalischer Grundausbildung
4. Weisung 17, vom 19. Dezember 2011, betreffend Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften mit einem Anteil Biogas
5. Weisung 18, vom 9. Januar 2012, betreffend Teilrevision Bau- und Zonenordnung (BZO) 2011, Umzonungen im Gebiet Stoffel-Tiefenhof, Festsetzung
6. Weisung 19, vom 6. Februar 2012, betreffend definitive Einführung von sip wädi
7. Weisung 20, vom 20. Februar 2012, betreffend Teilrevision privater Gestaltungsplan Sträuli, Festsetzung
8. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 2. Oktober 2011, begründet am 19. Dezember 2011, betreffend Sicherstellung der Ordnung und Nachtruhe; Beantwortung
9. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 18. Dezember 2011, begründet am 30. Januar 2012, betreffend Sicherheit im Bahnhofquartier; Beantwortung
10. Interpellation von Beatrice Gmür, SP, vom 28. März 2012, betreffend Glasfasernetz; Begründung
11. Postulat von Jonas Erni, SP, vom 10. April 2012, betreffend Gastronomiebetrieb im Gebiet Gerbestrasse/Rosenmattpark; Begründung

12. Motion von Rahel Sonderegger und Tobias Mani, EVP, vom 11. Mai 2012, betreffend Bildung von Wahlkreisen für die Au und für fusionswillige Nachbargemeinden; Stellungnahme der Motionäre
13. Postulat der SVP/BFPW-Fraktion, vom 10. Mai 2012, betreffend Einführung eines Projekts "Wädi wischt"; Begründung
14. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Mai 2012, betreffend der Einrichtung einer Maturitätsschule; Begründung
15. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 14. Oktober 2011, begründet am 19. Dezember 2011, betreffend die Au als Hochschul- und Bildungsstandort; Beantwortung
16. ~~Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Dezember 2011, begründet am 30. Januar 2012 betreffend Gesamtkonzept Hochschulstadt; Beantwortung~~
17. ~~Postulat der BFPW/SVP-Fraktion, vom 18. Mai 2012, betreffend der Anschaffung von Elektro-Müllsaugern; Begründung~~
18. Einbürgerungen:
 - CATTERALL Jane Helen, britische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Untere Weidstrasse 9
 - COMA Lindim mit seinen Söhnen Ardi und Erion, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Zugerstrasse 127
 - MANZI Francesco, italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Im Staubeweidli 13
 - SERMAXHAJ Hajrullah mit seinen Kindern Sabrije, Rinor und Arbnor, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seestrasse 313

Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann erlaubt sich, mit dem Blick auf die grosse Traktandenliste, einen Hinweis betreffend den Voten: "In der Kürze liegt die Würze." Je nach Stand werde er um ca. 20.45 Uhr das Geschäft der Einbürgerungen vorziehen.

Die Traktandenliste wurde rechtzeitig in der ZSZ amtlich publiziert.

1. Mitteilungen

Fraktionserklärung EVP/EDU:

Tobias Mani, EVP, möchte im Namen der EVP/EDU eine Fraktionserklärung zur Schliessung der Post Au abgeben. Der Entscheid der Post habe sie überhaupt nicht gefreut und sei natürlich ein herber Rückschlag für die Bemühungen, in der Au für attraktive Quartierzentren zu sorgen.

Vorab möchte er festhalten, dass der Stadtrat für die Schliessung nicht viel dafür könne. Dies sei ein Entscheid der Post. Und er sei überzeugt, dass der Stadtrat sich für die Beibehaltung einer vollwertigen Poststelle in der Au im Rahmen seiner Möglichkeiten eingesetzt habe. Im Weiteren müsse man der Post auch gewisse unternehmerische Freiheiten lassen und diese Freiheiten bei bedauernswerten Entscheidungen nicht grundsätzlich in Frage stellen. Zudem sehe er zum Beispiel bei den Öffnungszeiten auch Vor- und nicht nur Nachteile mit der neuen Lösung.

Trotzdem sei die Schliessung für sie unverständlich, denn die Au habe 5'400 Einwohnende und eine rege Bautätigkeit. Selbstkritisch müsse er aber sagen, dass die Entwicklung in der Au verschlafen wurde. Ein Leserbriefschreiber ging sogar noch weiter und meinte: Die Au verkomme zum totalen Schlafquartier. Dieser Aussage möchte er widersprechen, die Au habe aktive Quartiere und aktive Vereine.

Als EVP hätten sie im September 2011 eine Interpellation zur Entwicklung der Au eingereicht. In der Antwort vom Februar führte man aus, dass der Bahnhof/Post als kleineres Zentrum in Frage komme. Diese Erläuterungen waren zumindest rückblickend nicht sehr treffend. Vielleicht hätte die Post nicht schliessen müssen, wenn man schon früher etwas zur Attraktivitätssteigerung der Quartierzentren in der Au getan hätte.

Nun hoffe er, dass der Stadtrat vorwärts mache, damit als nächstes nicht auch noch der Bahnhof in der Au schliessen werde. Man dürfe der SBB keinen Grund dafür geben.

1.1 Eingänge

- Einladung zur GR-Sitzung vom 4. Juni 2012
- Bericht und Antrag zur Weisung 16, vom 5. Dezember 2011, betreffend Erweiterung der Anzahl der Lektionen in Musikalischer Grundausbildung
- Bericht und Antrag zur Weisung 17, vom 19. Dezember 2011, betreffend Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften mit einem Anteil Biogas
- Bericht und Antrag zur Weisung 18, vom 9. Januar 2012, betreffend Teilrevision Bau- und Zonenordnung (BZO) 2011, Umzonung im Gebiet Stoffel-Tiefenhof, Festsetzung
- Bericht und Antrag zur Weisung 19, vom 6. Februar 2012, betreffend definitive Einführung von sip wädi
- Bericht und Antrag zur Weisung 20, vom 20. Februar 2012, betreffend Teilrevision privater Gestaltungsplan Sträuli, Festsetzung
- Postulat der BFPW/SVP-Fraktion, vom 18. Mai 2012, betreffend der Anschaffung von Elektro-Müllsaugern
- Protokoll der GR-Sitzung vom 2. April 2012
- Beantwortung der Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Dezember 2011, begründet am 30. Januar 2012 betreffend Gesamtkonzept Hochschulstadt
- Beantwortung der Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 14. Oktober 2011, begründet am 19. Dezember 2011, betreffend die Au als Hochschul- und Bildungsstandort
- Übersicht über die hängigen Postulaten 2012
- Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Mai 2012, betreffend der Einrichtung einer Maturitätsschule
- Postulat der SVP/BFPW-Fraktion, vom 10. Mai 2012, zur Einführung eines Projekts "Wädi wischt"

- Motion von Tobias Mani und Rahel Sonderegger, EVP, vom 11. Mai 2012, betreffend Bildung von Wahlkreisen für die Au und für fusionswillige Nachbargemeinden
- Ausladung GR-Sitzung vom 14. Mai 2012
- Weisung 23, vom 23. April 2012, betreffend Aufhebung des Gemeinderatsbeschlusses vom 30. Januar 2012 betreffend Umsetzung der Volksinitiative "Günstiger Wohnraum für Familien", Rekurs gegen den Beschluss des Bezirksrats vom 22. Februar 2012
- Flyer Biogas
- Zeitung Energie- und Umwelttage Zimmerberg 4. – 12. Mai 2012
- Räumliche Entwicklungsstrategie (RES)
- Schriftliche Anfrage der GP-Fraktion, vom 18. April 2012, betreffend Besetzung der Badehäuser im Bereich Tiefenhof
- Weisung 22 betreffend Erhöhung des Jugendförderbeitrags an die Interessengemeinschaft Wädenswiler Sportvereine (IWS)
- Vollständige Version der Weisung 21, vom 19. März 2012, betreffend privater Gestaltungsplan Steinweid, Festsetzung
- Einladung zur Schlussveranstaltung und öffentlichen Ausstellung der Zentrumsplanung
- Postulat von Jonas Erni, SP, vom 10. April 2012, betreffend Gastronomiebetrieb im Gebiet Gerbestrasse/Rosenmattpark
- Interpellation von Beatrice Gmür, SP, vom 28. März 2012, betreffend Glasfasernetz

1.2 Überweisungen

Die Weisung 21, vom 19. März 2012, betreffend Privater Gestaltungsplan Steinweid, Festsetzung wurde mit Präsidialverfügung vom 29. März 2012 zur Vorberatung an die Raumplanungskommission überwiesen.

Die Weisung 22, vom 16. April 2012, betreffend Erhöhung des Jugendförderbeitrags an die Interessengemeinschaft Wädenswiler Sportvereine geht zur Vorberatung an die Sachkommission.

Die Weisung 23, vom 23. April 2012, betreffend Rekurs gegen den Beschluss des Bezirksrats "Fonds für die Finanzierung von günstigem Wohnraum für Familien" (Aufhebung des GR-Beschlusses vom 30. Januar 2012) wurde mit Präsidialverfügung vom 26. April 2012 zur Vorberatung an die Sachkommission überwiesen.

2. Protokollabnahme

Das Protokoll der Sitzung vom 2. April 2012 wird genehmigt.

31.04.10

3. Weisung 16, vom 5. Dezember 2011, betreffend Erweiterung der Anzahl der Lektionen in Musikalischer Grundausbildung

Eintretensdebatte:

Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer, erklärt, es gehe um die Musikalische Grundausbildung, kurz MGA. MGA sei nicht etwa ein neuer Schrei, die MGA gebe es bereits seit dem Schuljahr 1997/1998. Damals sei an der Primarschule Wädenswil der Blockzeitenunterricht eingeführt und gleichzeitig das Angebot an musischen Fächern ausgebaut worden. Seither profitieren die Erstklässler von einer Lektion MGA pro Woche im Halbklassenunterricht. Dies seien aus Lehrersicht zwei Wochenlektionen. In der 2. Primarklasse gebe es diesen Unterricht nicht mehr, oder – je nachdem – noch nicht.

Die MGA habe sich bewährt und sei bei Schulkindern und Lehrern beliebt. Vergleiche mit den umliegenden Gemeinden der Stadt Zürich zeigen, dass der Status quo nicht mehr zeitgemäss sei und eine Fortsetzung der MGA in der 2. Klasse angezeigt wäre. Gegenwärtig befände sich die Stadt Wädenswil am Ende der Skala – ein Zustand, der auch mit dem Image der Bildungsstadt nur schlecht vereinbar sei.

Die Primarschulpflege beantrage deshalb, die MGA in der 2. Primarklasse fortzusetzen und zwar ebenfalls mit einer Lektion pro Woche im Halbklassenunterricht über das ganze Schuljahr. Kosten dürfen diese zusätzliche obligatorische Schulstunde Fr. 125'000.-- jährlich. Eine Bemerkung zu dieser Kreditsumme: Obwohl sie in der Weisung mit Fr. 114'698.78 mit höchster Präzision beziffert worden sei, sei sie zum Zeitpunkt der Vorberatung in der Sachkommission bereits überholt gewesen und dies, obwohl die Sachkommission das Geschäft unverzüglich an die Hand genommen habe. Die Erhöhung auf Fr. 125'000.-- sei darauf zurückzuführen, dass einerseits mit mehr Schulklassen zu rechnen sei und andererseits die MGA-Lehrkräfte neu in die gleichen Besoldungsstufen eingeteilt werden wie die Primarlehrer.

Was genau sei MGA? Lese man dazu in der Weisung 16, so müsse man fast zu euphorischen Höhenflügen ansetzen. MGA verspreche positive Transfereffekte zu anderen Schulfächern, verbessere die Gedächtnisleistungen, fördere die Rechenleistungen, therapiere Sprachstörungen, fördere Sozialkompetenzen und Integrationsfähigkeiten und wecke die schöpferische Fantasie. Weil sie nie in den Genuss einer MGA gekommen sei, habe sie sich da schon fast als unentdecktes sozial-kulturelles Wunderkind gefühlt, denn sie habe sich nicht nur 51 Jahre durchwursteln können, sondern dürfe heute sogar noch darüber berichten und einen Antrag erstellen.

Aber jetzt wieder im Ernst: MGA sei ein Musikunterricht, der weit über die konventionelle Singstunde hinausgehe und diese ergänze. Die MGA werde auch nicht durch die Klassenlehrer erteilt, sondern durch Lehrkräfte der Musikschule Wädenswil-Richterswil. Dieser wichtige Aspekt werde in der Weisung 16 nicht erwähnt. In der MGA werden die Kinder vor allem mit verschiedenen Musikinstrumenten vertraut gemacht und dazu ermuntert, eines zu erlernen; ebenfalls zum Unterrichtstoff gehören Bewegung und Spiel zur Musik. Weiter werden zusammen mit den Klassenlehrern gemeinsam Projekte lanciert, wie Theaterauffüh-

rungen oder Musicals, wo die Kinder vor öffentlichem Publikum auftreten, musizieren und spielen.

Der Sinn und Wert von einem solchen ganzheitlichen, musischen Unterricht, der nicht nur Lernstoff vermittele, sondern Kopf, Herz und Hand gleichzeitig fordere, wurde in der Sachkommission grundsätzlich nie bestritten. Allerdings wolle man sich vergewissern, dass einerseits die MGA auch von den Klassenlehrern unterstützt werde und andererseits die Zweitklässler durch eine zusätzliche obligatorische Schulstunde pro Woche nicht überfordert werden. Beides konnte im positiven Sinn geklärt werden: Allein die erwähnten gemeinsam konzipierten Musical- und Theateraufführungen zeigen, dass die Klassenlehrer die MGA mittragen und die Zusammenarbeit zwischen ihnen und den Lehrkräften der Musikschule sehr gut funktioniere. Auch eine Überforderung der Kinder sei nicht zu befürchten. Die MGA werde gerne besucht. Zwar sei der Unterricht durchaus anspruchsvoll und fordere hohe Konzentration – davon konnten sich die Sachkommissionsmitglieder anlässlich eines Lektionsbesuchs selber überzeugen – er sei aber verbunden mit viel Bewegung und Spiel und daher ein willkommener Ausgleich zu kopflastigen Fächern. Zudem werde die MGA nicht benotet.

Es habe in der Sachkommission aber auch kritische Stimmen gegeben: So wurde beispielsweise moniert, dass für Schulkinder, die nicht von der Mittagsbetreuung Gebrauch machen, sondern daheim mit der Familie essen, sich die Mittagspause merklich verkürzen. Auch die Kostenfrage sei aufgeworfen worden und damit die Frage, ob die MGA nicht auf freiwilliger Basis auf Kosten der Eltern anstatt des Steuerzahlers erteilt werden sollte.

Schliesslich hätten aber die positiven Aspekte dominiert. Die MGA leiste einen wertvollen Beitrag an die Allgemeinbildung und die Kreativität der Schulkinder und mache insbesondere auch jene mit Musik vertraut, welche von zu Hause aus keinen Zugang dazu haben. Diesen Unterricht nach der 1. Primarklasse abzubrechen, hiesse, auf halbem Weg stehen zu bleiben.

Sie komme zum Antrag, welcher wegen der Krediterhöhung angepasst werden müsse. Ausserdem fehle im stadträtlichen Antrag der wichtige Hinweis auf das fakultative Referendum.

Die einstimmige Sachkommission beantrage:

1. Wie der Stadtrat, das Angebot von zwei Wochenlektionen in der 1. Klasse um zwei weitere Jahreswochenlektionen in der 2. Klasse zu erhöhen.
2. Für die zusätzlichen Kosten ab 2013 eine jährlich wiederkehrenden Kredit von Fr. 125'000.-- zu bewilligen.

Schliesslich sei der Antrag zu ergänzen mit einer Ziffer:

3. Dieser Beschluss sei dem fakultativen Referendum zu unterstellen.

Eintreten und Zustimmung zur Weisung 16 könne sie auch im Namen der einstimmigen SVP-Fraktion bekanntgeben.

Sie schliesse ihre Ausführungen mit einem Dank an Stadtrat Johannes Zollinger und dem Vertreter der Primarschule, namentlich Herrn Patrick Weil, für die Unterstützung und Koope-

ration bei der Beratung der vorliegenden Weisung und an die Vertreterin der Lehrerschaft, Frau Angelika Schmid, welche uns aus dem praktischen Schulalltag berichtet und uns den Besuch eine MGA-Lektion ermöglicht habe.

Peter Dolder, FDP, teilt mit, dass sich die FDP-Fraktion ebenfalls mit der vorliegenden Weisung auseinander gesetzt habe und er könne Eintreten und Zustimmung zu dieser Weisung mitteilen.

Erlaube man ihm noch ein paar allgemeine Ausführungen, welche leider auf einen Grossteil der vorliegenden Weisungen zutreffen, Charlotte Baer habe dies bereits angeschnitten. Die Sachkommission sei, wie auch der Rest vom Parlament, eine Milizkommission, welche darauf angewiesen sei, dass die vorgelegte Weisung korrekt und sauber daher komme. Leider sei das in letzter Zeit nicht der Fall gewesen und die Sachkommission habe diverse Zusatzanträge formulieren müssen, wie man das jeweils im Bericht und Antrag lesen könne.

Er erwarte und er sei sicher nicht der Einzige, dass in Zukunft Weisungen in die Kommissionen kommen, die fertig gedacht und korrekt seien. So könne man nämlich den Aufwand sowohl auf Seite der Kommission, der Fraktion und nicht zuletzt auch in der Verwaltung und im Stadtrat entsprechend reduzieren und hätte wieder Zeit für die wirklich wichtigen und dringenden Arbeiten, die in der Stadt anstünden.

Er danke für die Aufmerksamkeit und er hoffe, in einer späteren Sitzung mitteilen zu können, dass sich die Situation verbessert habe.

Rita Hug, GP, teilt mit, dass Musik zur Kultur des Menschen gehöre und das gemeinsame Musizieren sei etwas, das die heutzutage kopflastige, anstrengende Schule etwas auflockern könne. Das gebe den Kindern die Chance, ohne Notendruck sich in der Schule auf ganz andere Art und Weise ausdrücken zu können. Das gemeinsame Musizieren heisse, Sprachbarrieren überbrücken können, Gefühle ausdrücken, sich dem Takt und dem Rhythmus hingeben. Zusammen Musizieren heisse, aufeinander hören, aufeinander Rücksicht nehmen, miteinander üben. Es heisse auch, sich miteinander zu freuen, wenn das Stück harmonisch sei. Es sei schade, wenn wie bis anhin nach einem Jahr Musikalischer Grundausbildung dieses Angebot nicht mehr weiterführe und alles was die Kinder gelernt haben, so schnell wieder versandet. Die Schule soll ja auch die Allgemeinbildung fördern und da gehöre Musik sicher dazu.

Dass man nun die Möglichkeit hätte, mit der Weisung 16 so viel Positives für die Zweitklässlern zu ermöglichen, spreche für eine ausgewogene und abwechslungsreiche Grundschule in Wädenswil. In diesem Sinne unterstütze die Fraktion der Grünen die Weisung 16 aus Überzeugung.

Michael Vogt, CVP, sei gespannt ob die vorgesehenen Fr. 125'000.-- wirklich dafür reichen werden. Die CVP-Fraktion stehe hinter der Weisung 16. Eine Anpassung an die Nachbargemeinden fänden sie sinnvoll. Die Frage, ob dadurch die Kinder musikalischer werden,

halten sie offen. Der Vorteil daran sei, dass der Lehrer die Möglichkeit einer zusätzlichen Lektion in der Halbkasse habe. Die CVP-Fraktion sei für die Weisung und stimme zu.

Willy Rüegg, SP, sollte eigentlich ein Lied singen, um einen neuen Aspekt in die Diskussion zu bringen. Charlotte Baer habe bereits erwähnt, dass Musik ein Kulturgut sei. Die Wichtigkeit der Musikalischen Grundausbildung könne man nicht genug unterstreichen, vor allem in der 1. und 2. Klasse. Sich mit Freude, Motivation und Begeisterung einbringen können, und nicht nur rechnen, lesen und schreiben sondern mit Bewegung, Rhythmus und Musik. Insofern sei dies eine wunderbare Ergänzung, dies nun in der zweiten Klasse einzuführen. Der zweite Grund sei, dass man bereits auf 15 Jahre Erfahrung und positive Feedbacks zurückgreifen könne.

Er könne Eintreten und Zustimmung im Namen der SP-Fraktion bekannt geben.

Stadtrat Schule und Jugend, Johannes Zollinger, entschuldigt sich für die Mängel in der Weisung. Man lehre nie aus und er sei froh, wenn man sie darauf aufmerksam mache und er hoffe, dass es das nächste Mal klappe.

Er möchte sich zuerst bei der Sachkommission für die genaue Bearbeitung der Weisung bedanken. Es habe ihn gefreut, dass die Kommission die Lehrpersonen selber befragt und einen Schulbesuche gemacht haben. Er lade alle Interessierten ein, ebenfalls eine Stunde zu besuchen.

Der musikalische Unterricht verkürze die Mittagspause nicht. Seit Ewigkeiten habe man kurze Mittagszeiten, die Problematik sei aber, dass die Schulen von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr ein Betreuungsangebot für Kinder müsse anbieten können. Kinder die dieses Angebot annehmen, seien bis um 12.00 Uhr in der Schule und haben einen kürzeren Mittag. Der Grund liege nicht in der Musikalischen Grundausbildung, sondern, dass die Betreuung der Kinder bis 12.00 Uhr gewährleistet sein müsse.

Ebenfalls sei hinterfragt worden, ob man das Obligatorium auf Kosten der Steuerzahler machen wolle. Die Musikalische Grundausbildung sei nicht obligatorisch, wer nicht möchte, der müsse auch nicht, aber die Meisten besuchen den Unterricht, da er ein Teil der Blockzeitenbetreuung sei. Man sei froh, wenn die Kinder die MGA besuchen, weil es tatsächlich etwas sei, dass den Kindern gut tue und wobei man auch überzeugt sei, dass dies längerfristige positive Auswirkungen haben. Musik zusammen machen könne man auch, wenn sprachliche Barrieren bestehen, denn Musik höre sich für alle gleich an. Der der Musik mache, lerne auf andere zu hören und führe ein taktvollen Umgang miteinander und wer Musik mache, praktiziere ein harmonisches Miteinander, sofern die Musik auch harmonisch komponiert wurde.

Es sei eine wertvolle Sache und er sei sehr dankbar, wenn man die Musikalische Grundausbildung auch in der zweiten Klasse anbieten könne.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 16.

Detailberatung:

Keine Wortmeldungen

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt einstimmig der Weisung 16, vom 5. Dezember 2011, betreffend Erweiterung der Anzahl der Lektionen in Musikalischer Grundausbildung, zu.

08.08.10

4. Weisung 17, vom 19. Dezember 2011, betreffend Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften mit einem Anteil Biogas

Eintretensdebatte:

Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer, SVP, teilt mit, dass Labels verpflichten. Während es beim vorherigen Geschäft dasjenige der Bildungsstadt gewesen sei, sei es hier das Energiestadt-Label.

Mit der vorliegenden Weisung wolle der Stadtrat die Wärmeversorgung der am Erdgas angeschlossenen Liegenschaften künftig mit einem Energiemix aus 20% Biogas und 80% Erdgas sicherstellen. Die Zusatzkosten für diesen energetischen Mehrwert belaufen sich auf Fr. 117'000.-- pro Jahr.

Anstoss sei einerseits – wie gesagt – die Positionierung von Wädenswil als Energiestadt, welche in Sachen Klimaschutz Vorbildfunktion übernehme und damit Private ermuntere ebenfalls nachhaltige Energielösungen zu wählen. Andererseits hätten die Grünen im Juli 2010 den Stadtrat mit einem Postulat ersucht zu prüfen, ob die städtischen Liegenschaften anteilmässig mit Biogas versorgt werden können und ob es Möglichkeiten gäbe, die lokale Biogasproduktion zu fördern.

Biogas sei ein erneuerbarer, CO₂-neutraler Energieträger mit Zukunftspotential. Es entstehe aus organischen Abfällen und könne beispielsweise zum Heizen, Kochen oder Autofahren gebraucht werden. Die Beschaffung und Aufbereitung von Biogas besorge die Erdgas Zürich. Sie beziehe Biogas von Anlagen, die praktisch alle in der Schweiz oder in der Region tätig seien. Zurzeit weise sich der Biogasanteil mit lediglich 0.1% am Gesamtabsatz äusserst bescheiden aus. Hier soll nun aber massiv aufgeholt werden.

Die Sachkommission habe sich eingehend mit Biogas, seiner Produktion und seinem Verwendungszweck beschäftigt. Klar sei, dass das Label Energiestadt nicht nur eine leere Worthülse sein könne, sondern mit Massnahmen umgesetzt werden solle. Die grosse Mehrheit der Sachkommission unterstütze denn auch die Weisung 17 und halte jährlich wieder-

kehrende Kosten von Fr. 117'000.-- für den ökologischen Mehrwert für vertretbar. Ausschlaggebend für diese positive Stimmung sei die Tatsache, dass die Umstellung auf Biogas relativ einfach sei, weil die Heizanlagen baulich nicht umgerüstet werden müssten. Vorteilhaft sei weiter die verminderte Abhängigkeit vom Ausland in Sachen Energieversorgung. Praktisch die gesamte Wertschöpfung passiere in der Schweiz. Eine kleine Kommissionsminderheit lehne die Weisung 17 ab und erachte Biogas nicht als optimalen Energieträger zum Heizen. Sie überlasse die tiefere Begründung dem nachfolgenden Kommissionsvertreter.

In formeller Hinsicht rüge die Sachkommission auch bei diesem Geschäft das Fehlen der Unterstellung unter das fakultative Referendum im stadträtlichen Antrag. Sie ersuche den Stadtrat nachdrücklich, inskünftig bei der Ausarbeitung der Weisungen wieder die nötige Sorgfalt aufzubringen – auch bei den formellen Anforderungen.

Die Sachkommission stelle folgende Anträge:

1. Die einstimmige Sachkommission beantrage Eintreten zur Weisung 17.
2. Die grossmehrheitliche Sachkommission beantrage Zustimmung der Weisung 17.
3. Die einstimmige Sachkommission beantrage den Antrag des Stadtrats mit einer Ziffer 4 mit folgenden Wortlauten zu ergänzen: "Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum."

Gleiches könne sie im Namen der SVP-Fraktion bekanntgeben; allerdings spreche sie sich nur mit einer knappen Mehrheit für Zustimmung zur Weisung 17 aus.

Sie schliesse mit einem Dank an die Abteilung Werke für die hilfreiche Unterstützung, namentlich an Stadtrat Ernst "Grübi" Brupbacher und Abteilungsleiter Rolf Baumbach.

Peter Dolder, FDP, teilt mit, dass sich auch mit dieser Weisung die FDP-Fraktion eingehend auseinandergesetzt hätte und ohne grosse Begeisterung sowohl für Eintreten als auch für Zustimmung zu den Anträgen sei. Charlotte Baer habe bereits erwähnt, dass es in dieser Weisung ebenfalls ein Fehler bzw. eine Unterlassung habe.

Rita Hug, GP, sagt, während Erdgas über einen Zeitraum von Millionen von Jahren entstehe, werde Biogas aus Grüngut, organischen Abfallstoffen und Klärschlamm hergestellt, welches bei Allen täglich anfalle. Biogas sei somit erneuerbar und es verbessere die Ökobilanz massgeblich. Es komme nicht aus irgendwelchen fernen Ländern, sondern entstehe hier. Auch wenn man "nur" einen Anteil von 20% des Erdgasverbrauchs bei den städtischen Liegenschaften mit Biogas ersetze, leiste man schon einen wertvollen Beitrag zur Reduktion der Schadstoffemission.

Erdgas Zürich wollte es noch genauer wissen und hat die eidgenössische Materialprüfungs- und Forschungsanstalt Empa beauftragt, unter anderem den Ausstoss der Treibhausgase mit anderen Energieträgern zu vergleichen. Die Ergebnisse seien beeindruckend. In allen Vergleichsvarianten – sowohl gegenüber anderen Heizenergieträgern als auch gegenüber anderen Treibstoffen – habe das in Volketswil produzierte Biogas eine sehr gute Ökobilanz

gehabt. Ja, es koste etwas. Im Gegensatz aber zum Erdgas, welches sich stark am Ölpreis anlehne und steigen werde, binden sich die Biogaspreise nur teilweise an den Erdgaspreis und werden – so sei sich Erdgas Zürich sicher – in Zukunft immer günstiger werden.

Mit der Zustimmung zur Weisung 17 leiste man einen weiteren Beitrag, um dem Versprechen nachzukommen, dass man als Energiestadt geleistet habe. Die Werke setzen sich sehr dafür ein, ihren Teil dafür zu leisten, dass sich Wädenswil als Energiestadt entwickle. Der Gemeinderat müsse dieses grosse Engagement unterstützen und den engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zeigen, dass es nicht nur leere Floskeln seien, wenn sie von Energiestadt sprechen, sondern dass man es auch wirklich ernst mit den Aussagen meine. Der Stadtrat habe in Zusammenarbeit mit den Werken, mit dieser Weisung einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht und die Zeichen der Zeit erkannt. Dafür möchte sich die Fraktion der Grünen bei allen Beteiligten ganz herzlich bedanken.

Die 20% Biogas seien ein Puzzleteil des gemeinsamen Wegs zur Verbesserung der Ökobilanz in Wädenswil. Es sei aber eine Massnahme die man sofort umsetzen könne, die ohne weitere Investitionen in den Anlagen sofort greifen.

Falls die Weisung 17 vom Gemeinderat gutgeheissen werde, seien sie damit einverstanden, das Postulat vom 9. Juli 2011 als erledigt abzuschreiben.

Willy Rüegg, SP, erklärt, es sei nicht umstritten, dass man fossile Energien mit erneuerbaren Energieträgern ersetzen müsse. Die Kosten von Fr. 117'000.-- gehen vollumfänglich in den Kauf von erneuerbarer Energie, denn das Biogas koste etwas mehr als das Erdgas. Was aber nichts koste seien Investitionen, denn Biogas könne vollständig aufs Verteilnetz vom Erdgas zurückgreifen, was in der Schweiz ca. 16'000 km Leitungen bedeute. Biogas könne dezentral hergestellt und eingespiessen werden.

Was sei der Mehrwert der Weisung? Wädenswil könne mithelfen das Kyoto-Protokoll zu erreichen und den CO₂ Ausstoss im Jahr 2012 gegenüber dem Jahr 1990 um 80% zu senken. Der zweite Mehrwert sei, das sende einen marktwirtschaftlichen Impuls, indem man als Käufer von Biogas auftrete. Damit ermutige man die Produzenten von erneuerbaren Energien zu investieren und aktiv zu werden. Der dritte Punkt, wie bereits von Charlotte Baer erwähnt, sei dass die Schweiz ein Stück weit unabhängiger vom Ausland werde. Letztendlich helfe man der Stadt einen grossen Schritt in Richtung Goldlabel der Energiestadt zu machen und die SP-Fraktion finde die energiepolitische Entwicklung der Stadt in letzter Zeit auf jedenfall goldrichtig. Nach der Holzschnitzelheizzentrale habe man zusammen mit Biogas bereits heute die Chance, fast die Hälfte des Energiebedarfs mit erneuerbarer Energie zu decken. Dies sei sicher ein sinnvoller und massvoller Schritt.

Die SP beantrage Eintreten und Zustimmung zur Weisung.

Hanspeter Andreoli, BFPW, teilt mit, das es als Stadt mit dem Energielabel sicher sinnvoll und auch vertretbar sei, die städtischen Liegenschaften mit einem Anteil von 20% Biogas zu versorgen. Zum einen werde der jährliche CO₂-Ausstoss reduziert und zum anderen sei die

Vorbildfunktion für die privaten Haushalte sicher nicht zu unterschätzen. Trotzdem habe diese Weisung beim BFPW Anlass zu Diskussionen gegeben. Jährliche Mehrkosten von Fr. 117'000.-- seien nicht gerade ein Pappenstiel, wenn man bedenke, dass man dieses Geld auch in die energetische Sanierung der städtischen Liegenschaften hätte einsetzen können. Leider sei aber ihr Postulat vom 9. November 2010 immer noch nicht beantwortet worden und wurde erst vor kurzem um 12 Monate erstreckt. Trotzdem seien sie für Eintreten und Zustimmung zur Weisung gemäss Bericht und Antrag der Sachkommission.

Michael Vogt, CVP, führt aus, dass auch diese Weisung die Unterstützung der CVP-Fraktion habe. Es ist eine interessante Möglichkeit, Biogas zu fördern und gleichzeitig noch den CO₂-Ausstoss zu verringern. Richtigerweise müsse auch gesagt werden, dass bauliche Massnahmen und alternative Heizmethoden noch den grösseren Effekt hätten und diese Geschichte parallel laufen müssten.

Adrian Stocker, SVP, sagt, dass er und ein Teil der SVP-Fraktion dagegen seien, dass man 20% vom Erdgasanteil welcher man für die städtischen Liegenschaften benötige mit Biogas ersetze. Er glaube das in Zukunft Gas nicht der richtige Energieträger zum Heizen sei oder nur noch in Ausnahmefällen. Das Heizen sei der grösste Energieverbrauch eines Gebäudes oder einer Familie. Man würde besser einen CO₂-neutralen Energieträger von der Quelle her erschliessen. Mit einer Erdsonde, einer Luftwärmepumpe, Sonnenkollektoren für heisses Wasser oder Abwärme die man nutzen könne. Vielleicht könne man die Wärme vom Zürichsee nutzen und dies wäre gerade eine Energiequelle vor der Haustüre. So würde man nicht nur die CO₂-neutrale Energie nützen, sondern auch produzieren oder erschliessen. Zum Heizen reichen bereits Temperaturen 50 bis 80 Grad. Natürlich würden zuerst grosse Investitionen bestehen, aber aus langer Sicht betrachtet sei er überzeugt, dass es die preiswertere Lösung sei. Denn jährliche Kosten von Fr. 117'000.-- oder 25% mehr Heizkosten für nur 20% Biogas fände er doch etwas viel. Nicht zuletzt haben solche Investitionen bei den Heizanlagen auch einen anderen positiven Grund, denn das Gewerbe in der Region werde gefördert und erhalte Aufträge.

In der Weisung stehe, dass in Wädenswil nicht genügend Potential für eine Biogasanlage vorhanden sei. Dies sei so, denn die Substrate für Biogas seien bereits heute knapp und sehr gesucht. Für die Herstellung von Biogas wäre ein Rasenschnitt gut, es sei aber sehr aufwändig diesen separat zu sammeln und finde immer im Sommer statt und Heizen tue man im Winter. Speiseresten und Abfälle aus der Lebensmittelindustrie seien zwar gut zum vergasen, seien aber heute zur Tierfütterung verwendet worden. Die würden dann dort fehlen. Demzufolge müsste man mehr Soja und Futtergetreide importieren, das wiederum habe zur Folge, dass auf diesen Flächen keine anderen Lebensmittel produziert werden können. So schliesse sich der Kreis wieder. Es wolle ja niemand, dass auf landwirtschaftliche Flächen Biogas produziert werde.

Fakt sei, dass nur Fäkalien und Abfälle zu Biogas verarbeitet werden sollen, aber den kleinen Bauernhöfe, die man in Wädenswil habe, fehle die Technik womit man Biogas produzieren könne und das zweite Problem sei, dass die Gasleitungen meistens nicht bis zu den Höfen reichen.

Aus all diesen Gründen sei er gegen die Weisung und fordere die Arbeitsgruppe Energie auf, sich damit zu befassen, welche Energie an welchem Ort am effizientesten eingesetzt werden könne oder wie man CO₂ am sinnvollsten einsparen könne.

Stadtrat Werke, Ernst Brupbacher, richtet vorerst einen Dank an die Sachkommission für die sachliche und vertiefte Prüfung der Weisung 17. 20% Biogas sei besser als nichts. Wädenswil setze mit diesem Beschluss ein positives Zeichen im Bezirk. Die Stadt habe die Pflicht mit gutem Beispiel voran zu gehen, denn es brauche Initialzündungen in diese Richtung. Die Stadtwerke werden aktiv dafür besorgt sein, dass die ehemalige Anlage in Samstagern, welche in die Jahre gekommen sei, bei ihrer Ablösung künftig auch wieder ihre Biogasprodukte ins Gasnetz abgebe und nicht nur verstromt werde.

Er möchte Adrian Stocker noch zu bedenken geben, dass dies ein Weg sei, es gebe aber sicher auch noch andere Wege und man werde auch diese in der Energiestadtkommission weiterbehandeln.

Tobias Mani, EVP, könne im Namen der EVP/EDU-Fraktion mitteilen, dass auch ihnen der Umweltschutz wichtig sei und auch etwas kosten dürfe. Sie seien der Meinung, dass man das Votum von Adrian Stocker durchaus ernst nehmen soll. Es habe sie auch erstaunt, dass man mit dem hohen Beitrag eigentlich relativ wenig machen könne, immerhin habe es sofort Auswirkungen. Ihnen sei es deshalb wichtig, dass laufend überprüft werde, wo das Geld am sinnvollsten mit dem grössten Nutzen eingesetzt werden könne. Gäbe es Erkenntnisse, dass das Geld an anderen Orten noch effizienter eingesetzt werden könne, solle man darauf zurückgreifen dürfen. Sie seien für die Weisung.

Heinz Wiher, GP, freue sich, dass sich Adrian Stocker so viele Gedanken über das Thema Energie mache, er denke man solle mal ein Bier zusammen trinken. Er habe auch erkannt, dass CO₂ ein wirkliches Problem auf dieser Welt sei, denn dies haben noch nicht alle erkannt. Erdgas, über das heute auch gesprochen wurde, sei nur ein Zwischenschritt, denn das Erdgasnetz werde man so in 100 Jahren nicht mehr haben. Gewisse Städte haben bereits begonnen das Erdgasnetz zurückzubauen so wie beispielsweise die Stadt Zürich. Wenn dies kurzfristig geschehe, könne dies zu Ärger führen. Möchte man auf das Erdgas verzichten, müsse dem eine langfristige Planung vorausgehen. Um den Leuten eine Investitionssicherheit zu geben, die eine Gasheizung haben. Als Zwischenschritt biete sich nun das Biogas an, denn dies sei CO₂-neutral und schaffe ebenfalls Arbeitsplätze in der Schweiz. Man könne wählen, entweder schicke man das Geld nach Russland, dann komme es etwas günstiger, oder man investiere es in der Schweiz, koste zwar etwas mehr, bleibe aber im eigenen Land.

Er sei auch froh, dass Adrian Stocker sich für andere Energiequellen wie Sonnenkollektoren, Wasser aus dem Zürichsee usw. interessiere, dies seien alles gute Ansätze, doch sollte dies realisiert werden, koste es die Stadt einiges mehr um das selber zu erreichen, wie die Fr. 117'000.-- für das Biogas.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 17.

Detailberatung:

Heinz Wiher, GP, man habe hier eine grosse Zustimmung zum Biogas, höre aber vom Stadtrat Werke, dass in Wädenswil 0.1% vom abgesetzten Gas Biogas sei. Er nehme nicht an, dass alle Leute die nun Ja gestimmt haben, nach Hause gehen und auch selber diesen Zettel ausfüllen, um das Biogas zu abonnieren. Es gehe nicht, dass man sich im Rat für das Biogas ausspreche, aber selber nicht mit gutem Beispiel voran gehe. Dies sei keine konsequente Politik und er hoffe dass Herr Brupbacher in einem Jahr eine andere Zahl liefern könne und einige hier dazu gehören.

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt einstimmig der Weisung 17, vom 19. Dezember 2011, betreffend Wärmeversorgung der städtischen Liegenschaften mit einem Anteil Biogas, zu.

Ebenfalls wird das Postulat der GP-Fraktion, vom 9. Juli 2010, überwiesen am 6. September 2010, betreffend Biogas als erledigt abgeschrieben.

04.05.10

5. Weisung 18, vom 9. Januar 2012, betreffend Teilrevision Bau- und Zonenordnung (BZO) 2011, Umzonung im Gebiet Stoffel-Tiefenhof, Festsetzung

Eintretensdebatte:

Präsident der Raumplanungskommission Daniel Tanner, SP, teilt mit, dass es genau ein Jahr her sei, dass in diesem Saal mit der Weisung 9 der Gegenvorschlag des Stadtrats verabschiedet wurde. Damit wurde der Stadtrat beauftragt, die planungsrechtlichen Massnahmen für die Festsetzung der BZO im Stoffel zu treffen. Daraufhin habe die SP ihre Initiative, wie versprochen zurückgezogen. Mit der vorliegenden Weisung solle einerseits der Zonenabtausch zweier Parzellen von 56a im Norden des Stoffels festgelegt werden und andererseits die gesamte restliche Reservezone im Stoffel in Landwirtschaftszone umgezont werden, entsprechend des Gemeinderats-Beschlusses vom 6. Juni 2011.

Die Gründe für die Freihaltung des Stoffels seien mannigfaltig und ziehen sich wie ein roter Faden durch die politischen Instanzen. So lege der Regierungsrat in seinem Richtplanentwurf fest, dass der Stoffel als Freihaltegebiet von kantonaler Bedeutung mit den Funktionen Siedlungstrennung, Landschaftsbild Zürichsee und Naherholung klassiert werde. Mit der vorliegenden Umsetzungsvorlage entspreche der Stadtrat der verbindlich geltenden Vorgabe des Richtplanentwurfs. Der Stadtrat äussere sich überzeugt darüber, mit der Umzonung im Gebiet Stoffel-Tiefenhof eine zweckmässige und angemessene Zonenanpassung vorzunehmen, mit welcher die Landschaftskammer Stoffel für längere Zeit baulich freigehalten

werde. Auch die Tatsache, dass Wädenswil mit seinen rund 58ha überdurchschnittlich viele Reservezonen und relativ viel unbemannte Bauzonen vorzuweisen habe, sei ein weiterer Grund Reservezonen in die Landwirtschaftszone umzuwandeln. Zum 1:1 Abtausch der Teilflächen A mit B hätte sich die Kommission bereits im Juni 2011 zur Weisung 9 zustimmend geäußert. Im Kontext der vorliegenden Weisung mache der vorgeschlagene Abtausch durchaus Sinn.

Die Weisung 18 stelle ein pragmatisches Vorgehen dar, welches erlaubt, die Ausdehnung des Siedlungsgebiets mit Teilfläche B massvoll per sofort zuzulassen. Mit der Teilfläche C werde die bauliche Entwicklung einer beachtlich grossen Fläche von 1.2ha für die mittlere Zukunft ermöglicht. Und mit der Überführung der restlichen Parzellen im Westen des Stoffels in Landwirtschaftszonen werde vermieden, dass ein fast durchgehender Siedlungsgürtel von Zürich bis Pfäffikon zu entstehen komme. Die Kommissionsmehrheit befürworte deshalb alle vier Anträge. Die von der Kommissionsminderheit beantragte Beibehaltung eines grossen Teils des Stoffels in der Reservezone, erachte die Mehrheit der Kommission als nicht zweckmässig und problematisch. Die vorgeschlagenen Parzellen befänden sich auf dem höchsten Punkt des Stoffels. Ein Überbauen dieser Stelle würde dazu führen, dass der natürliche, landschaftlich prägende Geländekamm verschwinden würde. Damit wäre auch die in der Weisung gemachte Begründung für den Abtausch von Teilfläche A mit B hinfällig. Als problematisch schätze die Kommission zudem die Tatsache ein, wonach rund 2ha der im Minderheitsantrag zusätzlich verlangten Reservezone über die vom kantonalen Richtplan definierten Reservezonen hinausrage. Es sei nicht sinnvoll eine Planung festzulegen, die dem Richtplan widerspreche.

Er bedanke sich beim Stadtrat Planen und Bauen und beim Stadttingenieur für die gute Zusammenarbeit.

1. Die einstimmige Raumplanungskommission sei für Eintreten auf Weisung 18.
2. Die Kommissionsmehrheit der Raumplanungskommission empfehle Annahme der Anträge 1 bis 4 der Weisung 18 im Originaltext.
3. Die Kommissionsminderheit beantrage Zustimmung zu den Anträgen 1a, 3 und 4 der Weisung 18. Die Anträge 1b, 1c und 2 wünsche die Kommissionsminderheit entsprechend des eingegangenen Berichts zu ändern.

Im Namen der SP-Fraktion könne er Eintreten und Zustimmung zur Weisung bekannt geben.

Thomas Bürge, SVP, erklärt, wie alle im Saal wissen, sei der Stoffel seit Jahrzehnten ein Politikum. Man erlaube ihm einen kurzen Ausschnitt aus der Geschichte:

Am 26. September 1990 sei in der Zeitung informiert worden, dass die Stadt Wädenswil 21'675m² Land im Stoffel zu einem Preis von Fr. 2.28 Millionen kaufen werde. Das Land sei – wie bekannt – gekauft und seit diesem Zeitpunkt zu Kapitalfolgekosten von 5% verzinst worden. Bei einer Umzonung gemäss Weisung 18, sprich einer Entwertung des Landes, werde viel Geld vernichtet. Das seien die direkten Verluste bei einer Umzonung in eine schlechtere Zone sowie die Verluste der bereits geleisteten Kapitalfolgekosten.

Zum Minderheitsantrag:

Zürich sei die Wirtschaftsmetropole der Schweiz. Viele Firmen, die Arbeitsplätze schaffen, hätten sich in Zürich und im Kanton Zürich angesiedelt. Ein steter Wachstum sei die Folge gewesen. Die Zunahme der Bevölkerung hätte auch die Nachfrage nach Bauland und allgemeinem Wohnraum zur Folge gehabt. Man sei in der glücklichen Lage, in einem wirtschaftlichen, florierenden und zudem wunderschönen Gebiet zu wohnen. Das habe aber auch die Zunahme der Bevölkerung und damit die Bautätigkeit seeaufwärts geprägt. Für uns relevant, speziell das Gebiet Wädenswil-Au. Eine massgebende Folge der Entwicklung zeige sich auf die Landpreise und Mieten. Zone man freiwillig verfügbares, überbaubares Land durch eine Auszonung um, sprich man verknappe das Land künstlich, werden die Bodenpreise zusätzlich steigen. Angebot und Nachfrage. Mit einer Umzonung in Landwirtschaftsland verschmälere man den nächste Generationen ihre Option für benötigte Bau-, Wohn- und Freizeitmöglichkeiten.

Kurz: Man handle mit einer Umzonung kurzsichtig und eigensinnig. Wer wolle als Verhinderer und Förderer von Stillstand in die Annalen eingehen? Wolle man mit der Verknappung von verfügbarem Land den Spekulationen Vorschub leisten?

Es sei die Chance, hier eine klare Position zu beziehen. Man sei für ein offenes, zukunftsorientiertes Wädenswil und man wolle eine gute Durchmischung von Jung und Alt, Neuzuzüger und Alteingesessene, einen guten Mix von Steuerzahlern, kurzum, ein Wädenswil, das sich nicht selber im Wege stehe, wenn es um die Zukunft gehe, sondern bereit sei, einen vorwärts gerichteten Kurs einschlagen. Das Motto sei: Bauen an der Zukunft und nicht die Zukunft verbauen. Das gelte für Wohnungen, Schulen und Sportbauten. Solche für Wädenswil wichtige Themen sollten nicht aufgrund von Wahlkampfstrategien dem Bürger falsch verkauft werden.

Wichtig sei auch zu wissen, der Minderheitsantrag verlange nicht, dass der Stoffel sofort oder in den nächsten Jahren überbaut werde. Es werde aber die Grundlage geschaffen, gut und den Bedürfnissen entsprechend zu planen. Er dürfe mitteilen, dass die FDP-Fraktion für Eintreten der Weisung 18 sei und den Minderheitsantrag gemäss Kommissionsbericht unterstütze.

Rahel Sonderegger, EVP, erklärt, dass die Weisung 18, wie vorher bereits gesagt wurde, die Umsetzungsvorlage der Weisung 9 sei, nachdem die Initiative von der SP zurückgezogen worden sei. Die EVP/EDU-Fraktion unterstütze die Umsetzungsvorlage voll und ganz, wie sie das auch schon bei der Weisung 9 gemacht hätten. Ein grüner Stoffel sei wichtig für die Bevölkerung von Wädenswil, zudem seien auf dem Gemeindegebiet noch einige Bauzonen nicht überbaut und auch Reservezonen seien genügend vorhanden. Ein wichtiger Grund für den Gemeinderat dieser Weisung zuzustimmen soll sein, dass die vorliegende Weisung mit einem Richtplan vom Kanton Zürich, der nächstens im Kantonsrat verabschiedet werde, übereinstimme.

Den Antrag der Kommissionsminderheit, der entsprechende Teil nicht in Landwirtschaftszone umzuzonen, widerspreche der Idee vom Kanton den Stoffel als grünen Fleck zu belassen. Somit werde der Antrag auch niemals vom Kanton gutgeheissen werden. Das bringe

sie zu folgender Ausgangslage. Wenn man die Weisung, wie sie vom Stadtrat vorliege heute Abend verabschiede, werde der Beschluss auch der Kanton gutheissen. Falls der Gemeinderat heute Abend dieser Weisung nicht zustimme oder dem Antrag der Kommissionsminorität folge, finge alles wieder von vorne an. Die SP werde wieder eine Volksinitiative lancieren, bei welcher sie keine Zweifel haben werde, dass die nötigen Unterschriften zusammen kommen werden. Es gäbe einen Gegenvorschlag des Stadtrats, worauf die SP ihre Initiative jedoch kaum zurückziehen werde, wie sie das jetzt gemacht habe. Sage das Volk dann ja zu dieser Initiative oder diesem Gegenvorschlag, diskutiere man wieder um eine Umsetzungsvorlage, wie heute Abend.

Aus diesen Gründen sei die EVP/EDU-Fraktion für Eintreten und Zustimmung zur Weisung.

Marcel Bättig, SVP, fragt, was eine grössere Stadt wie Wädenswil brauche, um sich erfolgreich in der Zukunft zu entwickeln? Sicher eine zentrale Frage für die Gemeinderäte und auch Bestandteil der Weisung 18. Sei es aber tatsächlich ein Nullwachstum und Stillstand, wie von Grüner Seite propagiert? Sie seien hier anderer Meinung. Die Stadt Wädenswil brauche neben innovativen Bürgern ein gutes Angebot an Verkehr, Bildung, Forschung, Sportanlagen, Arbeitsplätze, Raum für Erholung, Kultur, Einkauf, usw. und natürlich bebaubarer Boden für Wohnungen, Industrie- und Bildungsinstitutionen. Das grüne Streben nach Nullwachstum verunmögliche all dies, zerstöre die Zukunft der Kinder, verhindere Arbeitsplätze, stoppe Entwicklungsmöglichkeiten für die Bildung und Forschung und verunmögliche, dass auch zukünftige Generationen in Wädenswil eine Wohnung finden oder bauen können. Genau dies wollen sie mit dem Minderheitsantrag zur Weisung 18 verhindern. Sie seien gegen ein festgeschriebenes Nullwachstum und entscheiden sich für Entwicklungs- und Nutzungsperspektiven zukünftiger Generationen. Diese Entwicklungsperspektiven betreffen insbesondere auch den Stoffel. Man müsse ihn richtig verstehen, sie wollen nicht dass der Stoffel in absehbarer Zeit überbaut werde. Gerade sie seien die Partei, welche sich um die Umwelt Sorge, wo die Landwirtschaft zu Hause sei und wo man den Wert von Boden und Heimat kenne, schätze und zukünftigen Generationen weitergeben wolle.

Sie möchten aber keinen Entscheid mittragen, der dann die Entwicklungs- und Nutzungsperspektiven von zukünftigen Generationen massgebend einschränken werde, dies insbesondere im Hinblick auf den Bevölkerungswachstum, den Bedarf an Wohnraum, Ausbildungs- oder Sportplätzen. Die Stadt Wädenswil besitze zudem keine vergleichbaren eigenen Landreserven, die sich als ein möglicher Standort für Bildung, Forschung und Sportanlagen aber auch und insbesondere für bezahlbares Wohnen eignen könne. Gerade die linke und grüne Seite propagiere immer die Wichtigkeit von Bildung und bezahlbarem Wohnraum, verunmögliche aber wichtige Perspektivmöglichkeiten zukünftiger Generationen.

Dies sei der Grund, weshalb der Stoffel als langfristige Planungsperspektive erhalten bleiben müsse, denn sie möchten diese wichtigen Landparzellen nicht durch einen planungsrechtlichen Entscheid der weiteren Entwicklung von Wädenswil und der Au entziehen.

Wie dargelegt, sei der Stoffel für die zukünftige Entwicklung der Stadt Wädenswil und der Au wichtig und diese Perspektiven dürfe man nicht ohne Zwang aus der Hand geben. Durch die Verknappung des Baulands werde das Wohnen für zukünftige Generationen unnötig er-

schwert und die Aussicht auf bezahlbare Wohnungen oder ein Standort für Bildung, Forschung und Sport fast verunmöglicht. Deshalb müsse der Stoffel als Planungsoption teilweise erhalten bleiben. Dies seien die Gründe für ihren Minderheitsantrag und er danke für die Unterstützung.

Monika Greter, CVP, wisse nicht, wie oft in diesem Raum schon über den Stoffel gesprochen wurde. Immer ginge es darum, ob der Stoffel grün bleibe, oder ob man ihn verbauen solle. Die meisten hätten jetzt ein Bild vom Stoffel im Kopf und sie vermute, man sehe den vorderen Teil des Stoffels, die grüne Weite mit Seesicht vom Fussgängerweg her. Oder den grünen Kamm von der Seeseite her. Genau um dieses Bild nicht nur im Kopf zu erhalten, gehe es der Mehrheit der Kommission und wohl auch den Unterzeichner der Initiative.

Die Kommissionsarbeit wurde sehr erschwert, weil die Minderheit ihren Antrag immer wieder geändert habe. Dass jetzt ein Antrag auf dem Tisch liege, der den vorderen Teil in der Reservezone behalten möchte, sei für sie sehr kleinräumlich gedacht. Nebst dem Bedürfnis nach Grünflächen zwischen den Siedlungsgebieten Wädenswil und Au, entscheide man über eine Vorlage, die nicht isoliert angeschaut werden könne. Man müsse bei der Raumplanung die gesamten Interessen von Wädenswil im Auge behalten, da der Kanton mit dem kantonalen Richtplan ein gewichtiges Wort mitrede. So müsse man Prioritäten setzen, damit man nicht stillstehe.

Der CVP-Fraktion sei es ein Anliegen, dass in Wädenswil Arbeitsplätze entstehen und erhalten bleiben und möchte dem Stadtrat eine möglichst gute Verhandlungsbasis für das Neubüel ermöglichen. Sie treten auf die Weisung ein und stimmen der Weisung mit dem pragmatischen Landabtausch zu.

Simon Kägi, GP, teilt mit, dass man mit der Zustimmung der Weisung die einmalige Chance habe, Bauland in noch viel wertvolleres Kulturland abzutauschen, ein Naherholungsgebiet die natürliche Ortsgrenze zwischen Wädenswil und Au, für immer zu schützen. Die Grünen haben sich seit jeher für den Stoffel, so wie es nun geplant sei, eingesetzt. Sie freuen sich, dass man heute Abend den Sack schliessen könne und es als erledigt anschauen. Insgesamt sei die Weisung eine gute Sache, daher seien sie für Eintreten und Zustimmung.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, teilt mit, dass genau vor einem Jahr der Gemeinderat den Gegenvorschlag zur Volksinitiative der SP gutgeheissen habe. Mit der Weisung 18 lege der Stadtrat nun die Umsetzungsvorlage zu jenem Gemeinderats-Beschluss vor. An dieser Stelle möchte er dem Präsidenten wie auch den Mitgliedern der Raumplanungskommission für die gute Zusammenarbeit danken. Es habe ein wenig Ausdauer gebraucht, wurde aber gut durchberaten.

Diesem Antrag ging ein vom kantonalen Planungs- und Baugesetz (PBG) vorgeschriebenes, planungsrechtliches Verfahren voraus mit einer öffentlichen Auflage während zwei Monaten und der Möglichkeit für die Öffentlichkeit, Einwendungen zu diesem Antrag anzubringen. Zu

diesen Einwendungen sei ein Bericht erstellt worden, soweit diese im Antrag nicht berücksichtigt wurden. Dieser Bericht sei Bestandteil der Weisung und liege ebenfalls vor.

Er verzichte hier nochmals auf die einzelnen Anträge im Detail einzugehen, man habe dies bereits mehrfach gehört. Hingegen möchte er die Haltung des Stadtrats nochmals unterstreichen. Durch den grossen Druck der Öffentlichkeit auf das Gebiet Stoffel und durch die Zielsetzungen des Kantons, die im Entwurf des revidierten Kantonalen Richtplans zum Ausdruck komme, sehe der Stadtrat heute keine Chance, das Gebiet Stoffel in naher Zukunft als Siedlungsgebiet zu beantragen, weder in Wädenswil noch beim Kanton. Immerhin sei aus Sicht der Minderheit der Raumplanungskommission zur Kenntnis zu nehmen, dass mit der Rückführung des Stoffels in eine normale Landwirtschaftszone doch gegenüber dem ersten Entwurf zur Revision der Kantonalen Richtplanung eine offenere planerische Festsetzung beantragt worden sei. Im ersten Entwurf sei nämlich der Stoffel noch als Freihaltegebiet eingetragen und damit gleichbedeutend mit der ganzen Halbinsel Au.

Die BZO-Änderung müsse auch im Zusammenhang mit der Entwicklung des Siedlungsgebiet Neubüel und Hintere Rüti betrachtet werden. Bereits 2005 habe sich der Stadtrat in diesem Sinne geäussert, damals in einer Antwort auf ein Postulat. Der Stadtrat habe mit der Verabschiedung der kürzlich veröffentlichten Räumlichen Entwicklungsstrategie (RES) seine Haltung klar dargelegt. Eine langfristige Entwicklung des Arbeitsplatzgebiets im Neubüel würde auch im ganzen Bezirk unterstützt werden. Dies ist nicht ganz selbstverständlich – andere Gemeinden müssen grosse Abstriche an beantragtem Siedlungsgebiet machen. Insofern sehe der Stadtrat die BZO-Änderung als Chance für die Zukunft.

Natürlich sei diese Stossrichtung nicht für alle gleich optimal. Dass die betroffenen Landbesitzer im Stoffel von der stadträtlichen Haltung enttäuscht seien, sei absolut nachvollziehbar. Wer wolle schon jahrelang getröstet werden auf den Zeitpunkt X, wenn vielleicht eine grosse Wertschöpfung der eigenen Landparzellen möglich sein wird. Um viele Jahre später vom gleichen politischen Gremium erfahren zu müssen, dass nun eine andere Strategie eingeschlagen wurde und die bisherige landwirtschaftliche Nutzung wieder zwingend verlangt werde. Dass hier Unmut oder gar Wut aufkomme, sei absolut verständlich – ändere aber leider nichts an der vorgängig geschilderten heutigen Ausgangslage.

Zum Minderheitsantrag:

Mit der Bekanntmachung des RES möchte der Stadtrat aufzeigen, wie er die Entwicklung von Wädenswil sehe. Insbesondere das Bildungsquartier im Grüental/Reidbach sei ein wichtiges Thema dieser Strategie. Es wäre unklug jetzt plötzlich ein neues, völlig unerschlossenes Areal mit dieser Begründung für eine Bebauung zu beantragen. Der Zeithorizont für die Erweiterung einer Hochschule, aber auch für andere Bildungsstätten sei ein ganz anderer, als jener, mit dem eine planerische Entwicklung im Stoffel möglich wäre. Man müsse auch beachten, dass der Kanton mit der Kantonalen Richtplan-Revision in der Au etwa 13 ha der heutigen Reservezone, im Steinacher und entlang der alten Landstrasse wegstreicht, obwohl sich der Stadtrat vehement dagegen gewehrt hatte. 130'000 m² die relativ einfach zu erschliessen wären, und die mindestens einseitig an heutiges Siedlungsgebiet grenzen. So betrachtet sei die beantragte Änderung der BZO doch ein Schritt in die richtige und auch realisierbare Entwicklung der Gemeinde Wädenswil.

Er bittet die Anwesenden deshalb den Anträgen 1 - 4 in der Weisung 18 zuzustimmen.

Beatrice Gmür, SP, erklärt, dass es sich bei dem Teil, über den im Minderheitsantrag gesprochen werde, um das Filet-Stück des Stoffels handle. In diesem Zusammenhang von Bildung, Forschung, Sportanlagen oder gar bezahlbarem Wohnraum zu sprechen, dünke sie etwas bizarr. Man könne beim Projekt Giessen sehen, was mit Filet-Stücken passiere. Die SP schätze den Wert vom Boden genauso wie die SVP, aber nicht um nachher den Maximalpreis rauszuholen, sondern damit das Stück Land der gesamten Wädenswiler Bevölkerung zur Verfügung stehe und sich alle an diesem schönen Gebiet erfreuen können und nicht für wenige Privilegierte.

Sie stimme mit Rahel Sonderegger überein, dass die SP bei einer Unterschriftensammlung innerhalb kürzester Zeit wieder alle nötigen Unterschriften zusammen hätten und man werde nicht zögern zu diesem Mittel zu greifen, wenn die Weisung nicht in der Form, wie sie der Stadtrat vorgeschlagen habe, angenommen werde.

Ivo Peyer, BFPW, teilt mit, dass das bürgerliche Forum Positives Wädenswil bei diesem Thema geteilter Meinung sei. Es gebe Zustimmung zum Minderheits- sowie Mehrheitsantrag der Raumplanungskommission. Eine Mehrheit des BFPW möchte jedoch die Weisung an den Stadtrat zurückweisen. Diese Mehrheit sei der Meinung, man solle nicht alles für die nächsten Generationen verbauen. Wer weiss schon, was noch alles auf uns zukommt.

Nachfolgend einige Gedanken: Wie entwickle sich die Au und Wädenswil weiter? Die Stadt habe bereits grosse Anteile an Boden in der Au und man habe eine CVP Initiative die Wohnraum erschaffen wolle. Wie wäre es mit Nutzung als Bildung oder Forschung und/oder Sportanlagen? Wäre ein Abtausch mit anderen Landreserven möglich? Oder habe die Stadt eine andere Idee?

Das Forum sei sich jedoch in einem Punkt einig, dass in den nächsten Jahren der Stoffel so bleiben müsse. Aufgrund dieser Punkte müsse eigentlich die gesamte Weisung zur Überarbeitung an den Stadtrat zurückgewiesen werden. Sie verzichten jedoch auf diesen Schritt. Weiter sei das BFPW einstimmig der Meinung, dass über eine Vorlage von dieser Tragweite nicht 35 Gemeinderäte, sondern das Stimmvolk entscheiden solle.

Michael Vogt, CVP, teilt mit, dass es hier nicht nur um den Stoffel, sondern allgemein um Wädenswil und auch das Gebiet Neubüel gehe. Er habe durchaus Verständnis für den Minderheitsantrag, denn auch er finde es nicht toll, dass der Kanton in die Gemeindeautonomie reingreife.

Er wolle nicht, dass noch weitere Firmen in Nachbargemeinden abwandern, nicht um Steuern zu optimieren, sondern weil sie hier keinen Platz fänden. Die Zeichen vom Kanton seien klar. Es gebe zukünftig sicher nicht mehr Siedlungsgebiet. Er vertraue dem Stadtrat, dass er sich für eine Umzonung im Gebiet Neubüel stark mache. Man solle hier bitte kein gefährliches Spiel spielen, sonst hätte man am Schluss weder Stoffel noch Neubüel. Von der linken

Seite erwarte er aber zukünftig auch, dass man einer Verdichtung im Zentrum positiv gegenüber stehe und auch dem Gewerbe eine Chance gebe.

Heinz Wiher, GP, führt aus, dass man einen Schritt zurückgehen soll und den ganzen Kanton Zürich betrachten müsse. Wädenswil sei die Gemeinde im Kanton Zürich mit flächenmässig den meisten Reservezonen. Wenn der Kanton das Siedlungsgebiet einschränken wolle, liege es auf der Hand, dass auch Wädenswil einen Teil hergeben müsse. Und wer sei schon nicht dafür, dass sich das Siedlungsgebiet im Kanton Zürich nicht unendlich ausdehne, wahrscheinlich niemand. Nur wenn es um die eigene Gemeinde gehe, sei man kritischer aber so könne man nicht politisieren. Auch Wädenswil müsse einen Beitrag dazu leisten, dass das Siedlungsgebiet im Kanton nicht mehr weiter ausgedehnt werde und dass die übermässigen Reservezonen nicht überbaut sondern beibehalten werden. Im Gegensatz zum Stadtrat seien sie der Meinung, dass in der Au durchaus die eine oder andere Reservezone grün belassen werden dürfe.

Wie die SVP der eigene Stadtrat so im Regen stehen lassen, sei hart für Heini Hauser. Die Grünen wollen nicht verhindern, dass in Wädenswil etwas passiere, sie seien für ein karikatives Wachstum, aber dazu gehören auch Naherholungsgebiete. Wie der Stadtrat mit dem RES gezeigt habe, wolle er kein Nullwachstum sondern ein Wachstum, welches in Grenzen gehalten werden könne und auch auf die Rücksicht genommen werden, die hier wohnen.

Der Antrag der Minderheit widerspreche ganz klar dem kantonalen Richtplan. Wenn man hier eine Volksabstimmung durchzwingen möchte, wäre dies verschleierte Steuergelder, da man auf kommunaler Ebene gar nichts dazu zu sagen habe. Der Kanton sage wie der Hase laufe und in diesem Punkt sei er glücklich darüber.

Peter Schuppli, FDP, wirft im Zusammenhang mit der Weisung 18 einen Blick in die Vergangenheit. Der Stoffel sei seit Jahrzehnten Gegenstand von Diskussionen, Ideen und Versäumnissen. Gegen 20% von dem 200'000 Quadratmeter umfassenden Landstück habe der Immobilienentwicklungsgesellschaft Mobag gehört, damals eine Tochtergesellschaft der Motor-Columbus. Die Absicht der Mobag sei gewesen, im Stoffel Wohnungen zu erstellen. Widerstand gegen die Absichten habe es in der Bevölkerung nicht gegeben. Doch es sei ganz anders gekommen als geplant. Die besagte Mobag habe nämlich im damaligen Persien am Stadtrand von Teheran einen neuen Stadtteil im Bau gehabt. Als aber orthodoxe, klerikale Kräfte den damaligen Herrscher von Persien, den Schah, gestürzt hatten, sei das auch gerade der Anfang vom Ende für das Grossprojekt der Mobag in Persien gewesen. In der Folge sei die Schweizer Gesellschaft Konkurs gegangen.

Das wiederum habe dazu geführt, dass die Aktiven bei der Bilanz der Mobag Schritt für Schritt liquidiert respektive veräussert worden seien. Die Stadt Wädenswil habe die Gelegenheit genutzt und 1984 rund 35'000m² für Fr. 87.--/m² erworben. Bereits acht Jahre vorher seien 39'000m² für Fr. 100.--/m² und später weitere 62'000m² für bis zu Fr. 140.--/m² von zwei Erbgemeinschaften und der Firma Turintra gekauft worden. Insgesamt sei die Stadt zwischen 1976 und 2000 zu 136'000m² Land zum Einstandspreis von Fr. 10.3 Millionen

gekommen. Mit Zins und Zinseszins aufgerechnet würde man mittlerweile auf den Wert von gut und gern Fr. 15 bis Fr. 17 Millionen kommen.

Soweit der Blick zurück in die Vergangenheit, um allen Gemeinde- und Stadträten aufzuzeigen, wie die Stadt zu rund zwei Drittel vom Land im Stoffel-Tiefenhof gekommen sei. Ein Drittel sei nach wie vor in Privatbesitz – zurzeit ebenfalls alles noch in der Reservezone. Wie man weiss, betrachte der Stadtrat den Stoffel quasi als Pfand für erwünschtes Gewerbe- und Industrieland im Gebiet Neubüel. Mit dem Kanton solle ein Deal erfolgen – der Stoffel werde zur Landwirtschaftszone – das Gebiet im Neubüel soll im Gegenzug von Landwirtschafts- in Gewerbe- und Industriezone umgezont werden. Das alles sei jedoch mit grosser Ungewissheit verbunden. Erstens müssen die Grundstückbesitzer im Neubüel mit dem Angebot der Stadt einverstanden sein, was eine der Unbekannten sei. Eine andere sei, ob das Gewerbe tatsächlich in der Lage sei, pro Quadratmeter Fr. 600.-- bis Fr. 650.-- hinzublättern. Übrigens glaube zurzeit ein privater Grundstückbesitzer neben dem Lidl, er könne Fr. 1'000.-- und mehr verlangen. Da gehe an der Rechnung und Vision vom Stadtrat irgendetwas nicht auf.

Wenn man also an diesem Abend der stadträtlichen Weisung in der Urfassung zustimme, könnte es sein, dass die Pläne im Neubüel sich nicht realisieren lassen, man im Stoffel aber bereits alles zu den Händen ausgegeben hätte. Also wieso im Stoffel in vorausseilendem Gehorsam schon vollendete Tatsachen schaffen? Komme dazu, dass die Umzonung im Stoffel aus landwirtschaftlicher Sicht selbst von bäuerlicher Seite als Unsinn bezeichnet werde. Das Land im Stoffel sei rein von der Bonität von dem Land nicht für landwirtschaftliche Nutzung geeignet. Das bestätigen Vertreter von der Agrarwirtschaft. Ein weiterer Aspekt spreche dafür, wenigstens einen kleinen Teil vom Stoffelgebiet nicht in Landwirtschaftszone abzuzonen, sondern als Reserveland bestehen zu lassen. Es betreffe die künftigen, sich bereits heute abzeichnenden Bedürfnisse, in den Bereichen Bildung, Sport- und Freizeitaktivitäten. Wenn er sage künftig, meine er die Bedürfnisse in der weiter wachsenden Bevölkerung, gerade in den erwähnten Bereichen in fünf, zehn und mehr Jahren. Gerade kürzlich seien Diskussionen angestossen worden betreffend den mit Schülern und Studenten überfüllten Zügen nach Zürich und zurück. Was spreche dagegen, auch im Stoffel mittel- und langfristig zu denken?

Er fasse zusammen: Der Minderheitsantrag in der Raumplanungskommission mache absolut Sinn. Es sei nicht nachvollziehbar wieso ein Teil vom Stoffelgebiet nicht in der Reservezone bleiben solle, um sich die Chance zu bewahren, die künftigen Bedürfnisse von einer breiten Bevölkerung abdecken zu können.

Zum Schluss noch zwei Bemerkungen:

Wieso seien die private Grundstückeigentümer vom Stadtrat nie kontaktiert und in die Absichten eingeweiht worden? Wäre es nicht normal und dem Zeitgeist entsprechend, wenn man mit den Betroffenen an einen Tische sässe und mit ihnen das Gespräch gesucht und geführt hätte? Der Stadtrat sei ja auch sonst darum bemüht, mit der Bevölkerung ein offenes Gespräch zu führen. Warum in diesem Fall nicht?

Warum sei in der Weisung kein Hinweis zu finden, was für finanzielle Folgen eine Abzonung im Stoffel habe? Wie erwähnt, habe sich die Stadt seinerseits die Landkäufe

Fr. 10.3 Millionen kosten lassen. Mittlerweile sollen die 136'000m² in städtischem Besitz gemäss Auskunft der Verwaltung noch mit Fr. 2.2 Mio. bilanziert sein. Vielleicht könne der Finanzchef Paul Rota hier zu präziseres sagen.

Er rufe alle Gemeinderäte auf, im Sinne von einem äussert vernünftigen und vertretbarem Kompromiss für den Minderheitsantrag der Raumplanungskommission zu stimmen. Springe man über seinen Schatten und reiche die Hand für eine Lösung, die man mit "Wädenswil plant die Zukunft mit Vernunft und Weitsicht" überschreiben könne.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 18.

Detailberatung:

Präsident der Raumplanungskommission Daniel Tanner, SP, erklärt, dass im Zusammenhang mit der Bau- und Zonenordnung verschiedene Begriffe gefallen seien, unter anderem sei der Begriff Auszonung benutzt worden. Ausgezont werde immer dann, wenn es eine Bauzone sei, im vorliegenden Fall habe man Reservezone die man nicht auszont. Die Reservezone werde juristisch gesehen als Landwirtschaftszone angeschaut. Somit habe man null Anspruch auf irgendwelche Entschädigungen. Wenn eine Reservezone umgezont werde in eine Bauzone oder in eine andere nutzbringende Zone, sei dies Sache vom Souverän und nicht Sache des Grundeigentümers. Somit habe der Rat einen Auftrag der Wählerschaft und sei nicht in erster Linie einzelnen Grundeigentümern verpflichtet.

Zum Thema Wachstum wissen alle, dass es einen finanziellen wie auch einen qualitativen Wachstum gäbe und in diesem Zusammenhang möchte er darauf hinweisen, dass die SP gerade mit Erhalt von Natur- und Landschaftsflächen für das qualitative Wachstum sehr wohl einstehe. Im Übrigen möchte er darauf hinweisen, wenn man mit offenen Augen durch Wädenswil laufe, sehe man wie viele neue Bauten in den letzten Jahren entstanden seien. Hier vom Nullwachstum zu sprechen, sei ein wenig vermessen.

Von Peter Schuppli würde er gerne wissen, wieso das Land in der hinteren Rüti mehr Wert haben soll, als das Gebiet im Stoffel? Wenn dort ein Quadratmeter einen gewissen Wert habe, werde dies im Stoffel wohl gleich viel kosten und dann könne man dies auch nicht als Argument nehmen.

In diesem Sinne möchte er darum bitten den Anträgen gemäss Kommissionsmehrheit zuzustimmen.

Simon Kägi, GP, dankt für die detailreichen Kanonenschüsse zum Eintreten der Weisung. Er sei gespannt, was nun in der Detailberatung übrig bleibe. Wenn man die ganze Sache nüchtern betrachte, sei es eine grüne Wiese und die Grünen wollen diese genauso behalten. Man habe Bauland an einem guten Ort, der sogenannte Kamm, welcher man für ein

besser erschlossenes Bauland abtreten werde und damit schaue man, dass der Kamm grün bleibe und die natürliche Grenze bestehen bleibe. Der Tausch von A nach B mache Sinn. Auch eine Reservezone werde weiterhin eingerichtet bleiben, nämlich entlang der Tiefenhofstrasse. An einem Ort, welches auch ein Filet-Stück sei, es sei aber ein Zugeständnis, dass man dort machen könne. Die Grünen gehen davon aus, dass die Reservezonen auch in Zukunft nicht überbaut werden.

Es werde immer gesagt, man verbaue sich etwas, wenn man die Reservezone in eine Landwirtschaftszone umzont. Dies sei ein sehr kurzfristiger Gedanke, denn es sei keine Regel, dass man in 50 oder 100 Jahren Landwirtschaftszone nicht wieder in eine Bauzone könne umgezont werden. Vielleicht brauche es dies dann auch. Aber heute in die Zukunft geschaut, sei es sinnvoller, man lasse das Kulturland so, denn verbautes Land sei viel schwieriger zum Rückbauen.

Zum Minderheitsantrag:

In seinen Augen sei dies ein Kampf gegen Windmühlen, selbst in der Kommission sei die Detailberatung sehr anstrengend gewesen. Es seien immer wieder neue Vorschläge gekommen, was man mit dem Stoffel anstellen könne. Es schien, als habe eine grosse Uneinigkeit oder Ratlosigkeit wie man dem Stoffel nun begegnen soll, geherrscht. Voten habe es über Sportplätze, vermeintlich günstigen Wohnraum, oder Platz für Forschung gegeben, alles Projekte die dort schwer zu realisieren seien. Man müsse aber der Minderheit eingestehen, dass sie sich wirklich mit allen Mitteln für die Verbauung und Verpflasterung des Stoffels eingesetzt haben. Alles andere wäre gelogen. Man könne nicht jetzt Reservezonen verlangen und gleichzeitig sagen, man wolle nicht bauen und man wolle den Stoffel auch grün belassen. Wenn man sich jetzt für Reservezone einsetze, dann bleibe das Bauzone oder aber man habe wenigstens die Absicht den Stoffel zu verbauen.

Er staune, wie die Minderheit der Kommission den Volkswillen den Stoffel grün zu lassen einfach missachtet, ebenfalls wie der kantonale Richtplan verleugnet werde und etwas ganz anderes gefordert werde, wie gescheite Köpfe sich in Zürich überlegt haben. Er staune, dass die räumliche Entwicklungsstrategie, die der Stadtrat und die Stadtentwicklungskommission ausgearbeitet haben, einfach nicht beachtet werde. Die Strategie sage, man baue im Neubüel und nicht im Stoffel. Dies seien alles wichtige Planungsinstrument, die einfach missachtet werden mit der Absicht den Stoffel zu verbauen.

Die Grünen sagen Ja zur grünen Lunge zwischen Wädenswil und Au.

Willy Rüegg, SP, erklärt, dass er ein wenig traurig, wütend und cool dieser Diskussion gefolgt sei. Als Präsident des Initiativkomitee "Der Stoffel bleibt grün" möchte er dem Rat etwas zu bedenken geben. Vor zwei Jahren habe die SP die Initiative eingereicht, in zwei Wochen habe man mehr als 1'100 Unterschriften gesammelt, was sie sofort wieder schaffen würden. Wie viele Wohnungen seien in den letzten zwei Jahren gebaut worden? Hier von einer Nullwachstumsstrategie zu sprechen sei einfach blöd, hingegen sei der Widerstand in der Bevölkerung gegen das Zupflastern wesentlich grösser geworden. Das wissen alle hier im Rat. Bei jeder Neubebauung und bei jeder weiteren Wiese habe die Bevölkerung gefunden, es reiche. Der Rat sei es aber, der die Bewilligungen dafür erteile, ein massvoller Aus-

bau, bis jetzt. Wenn man sie nun im Regen stehen lasse, werde sich dies auch ändern. Er persönlich werde sich künftig quer legen. Aber so weit sei man noch nicht. Man habe vor einem Jahr die Initiative zurückgezogen, da man einen Kompromiss gefunden habe, und sie hätten ihre Maximalforderungen aufgegeben. Sie hätten Stadtratskonzessionen gemacht und eine Kompromissformel gefunden. Aber mit der Kompromissformel sei das Limit erreicht, er habe kein Verständnis für den Minderheitsantrag und in den Voten gab es sehr viele Geschichten über Wert und Un-Wert, je nachdem wie man dies betrachte. Es überzeuge ihn nicht. Er fände man soll so viel Wachstum auf sich nehmen, wie man verantworten könne.

Es gehe hier um den Stoffel, aber man habe auch andere Reservezone, über die gesprochen werden müsse. Der Stoffel soll grün bleiben, was auch die Absicht der Initiative gewesen sei und die SP habe auch keine Angst vor einer Volksabstimmung. Es sei ein Kompromiss, sollte dieser nicht durchkommen, werden sie eine weitere Volksinitiative starten.

Peter Schuppli, FDP, möchte gerne etwas zum Votum von Willy Rüegg sagen. Das Land werde knapp, und wenn dies stattdessen, führe dies zu einer Verteuerung vom restlichen bebaubaren Land. Dies sei eine einfache Formel, je knapper das Gut, desto mehr steige der Preis. Dies sei ja gerade ein Schuss ins Bein von denen, die günstigen Wohnraum wollen. Bebaubare Landreserven zu verknappen würde heissen, dass der restliche Boden teurer werde und die Idee vom günstigen Wohnraum obsolet werde. Die Bedürfnisse von Sport- und anderen Vereinen sei ausgewiesen. Ein Vertreter vom Stadtrat sei an der IWS-Generalversammlung gewesen und dort sei dies ganz klar angesprochen worden.

Stadtpräsident Philipp Kutter, fühlt sich vom Votum von Peter Schuppli herausgefordert. Tatsächlich werden hier nicht zum ersten Mal die Rahmenbedingungen redigiert. Es sei verschiedene Male das Stichwort kantonaler Richtplan gefallen. Dieser, so wie er vorliege, lege fest, wie gross das Siedlungsgebiet von Wädenswil sein soll. Man könne dies beklagen und kritisieren, aber es sei so. Der Kanton sage in diesem Richtplan wie gross und welche Flächen in Wädenswil bebaut werden sollen.

Wolle man im Stoffel mehr Siedlungsgebiet, müsse man anderswo Siedlungsgebiet abgeben, so funktioniere dieser Prozess. Daher sei der Vorschlag von Peter Schuppli keine Lösung, dass man im Stoffel mehr Siedlungsgebiet bereitstellen könne und alles andere bliebe wie es sei. Wolle man im Stoffel mehr Siedlungsgebiet, müsse man an einem anderen Ort Reservezonen hergeben oder aber, was er persönlich erwarte, das im in Aussicht gestellte, zusätzliche Industriegebiet Neubüel wieder zur Diskussion stellen.

Er appelliere an die, die sich für Arbeitsplätze in Wädenswil einsetzen, dies zu beachten. Man sei dort auf einem guten Weg, die Regionalplanung unterstütze Wädenswil, was nicht selbstverständlich sei. Aber man wolle dort Arbeitsplätze installieren und Platz schaffen für Firmen. Darum lautet sein Motto, etwas nachhaltiger zu dem, was er vorher gehört habe: "Lieber in fünf Jahre im Neubüel bauen, als noch 20 Jahre im Stoffel streiten."

Schlussabstimmung Gegenüberstellung Mehrheitsantrag – Minderheitsantrag (mit Stimmenzähler):

Der Antrag der Kommissionsmehrheit wurde mit 19:16 Stimmen angenommen.

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wird gemäss **Gemeinderatspräsident Jürg Wuhrmann** das Geschäft Einbürgerungen vorgezogen.

06.03.01

18. Einbürgerungen:

CATTERALL Jane Helen, geb. 24. Oktober 1969 in Burnley (England), ledig, britische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Untere Weidstrasse 9

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500
Albert A. Stahel

COMA Lindim, geb. 2. August 1982 in Struga (Mazedonien), verheiratet (mit Blerime Coma geb. Edhemi, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen) und die Söhne **Ardi**, geb. 18. September 2005 in Horgen ZH und **Erion**, geb. 31. März 2008 in Horgen ZH, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft in Wädenswil, Zugerstrasse 127

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500
Andreas Gut

MANZI Francesco, geb. 14. November 1965 in San Paolo Belsito (Italien), verheiratet (mit Emma Manzi geb. Ferraro, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen, ist bereits Schweizerin), italienischer Staatsangehöriger, wohnhaft in Wädenswil, Im Staubeweidli 13

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500
Hansjörg Schmid

SERMAXHAJ Hajrullah, geb. 20. August 1966 in Kamenicë (Kosovo), verheiratet (mit Lumturije Sermaxhaj geb. Selishta, in dieses Einbürgerungsverfahren nicht miteinbezogen), und die Kinder **Sabrije**, geb. 22. November 1994 in Wetzikon ZH, **Rinor**, geb. 31. Oktober 1997 in Horgen ZH und **Arbnor**, geb. 6. November 2001 in Horgen ZH, kosovarische Staatsangehörige, wohnhaft in Au-Wädenswil, Seestrasse 313

Einbürgerungsgebühr
Referent im Gemeinderat

Fr. 1'500
Ivo Peyer

**** 5 Minuten Pause ****

30.10.30

6. Weisung 19, vom 6. Februar 2012, betreffend definitive Einführung von sip wädi

Eintretensdebatte:

Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer, SVP, führt aus, "des einen Freund und des andern Leid". So lasse sich der Trend zur 24-Stunden-Gesellschaft und das veränderte Ausgehverhalten umschreiben – auch in Wädenswil, wo sich im Raum Bahnhof-Güterschuppen-Seestrasse vor allem in der Freitag- und Samstagnacht eine wahre Ausgehmeile gebildet habe. Da seien einerseits die Partygänger, welche möglichst die ganze Nacht Spass haben wollen und andererseits die Anwohnerschaft, welche Nachtruhe und Ordnung vorziehe.

Ziel des Stadtrats sei eine Koexistenz der verschiedenen Nutzer. Er wolle die Ausgehquartiere erhalten und die Partybesucher nicht vertreiben, aber auch die Wohnqualität gewährleisten. Ein schwieriges Unterfangen, wie die seit dem Sommer 2009 gehäuften Klagen der Anwohnerschaft wegen Lärm, Littering und Pöbeleien belegen. Nach einigen Versuchen und Testläufen glaube man jetzt, mit der sip wädi die Lösung gefunden zu haben.

Angefangen habe man mit dem Projekt "PlatzDa?!", das den Dialog zwischen Behörden, Anwohnern und den betroffenen Restaurationsbetreibern angestossen habe. Dabei habe sich das Bedürfnis nach einer permanent vor Ort vorhandenen Personalpräsenz von Freitag auf Samstag und von Samstag auf Sonntag, jeweils vom Abend bis in die frühen Morgenstunden herauskristallisiert. Ein dreimonatiger Piloteinsatz mit einem privaten Sicherheitsdienst im Sommer 2010 bliebe aber erfolglos. Im Sommer 2011 wurde ein weiterer Versuch gestartet – diesmal mit der sip wädi.

sip steht für "Sicherheit Intervention Prävention". Die sip wädi sei keine Polizei und ersetze diese auch nicht. Vielmehr habe sie eine sogenannte Mittelfeldfunktion zwischen der Polizei einerseits, welche repressive und Zwangsmassnahmen vornehmen darf, und der mobilen Jugendarbeit andererseits, welche primär kooperativ auftritt und gegenüber Störern der öffentlichen Ordnung wenig oder gar keinen Druck ausüben könne. Die sip wädi habe also ordnungspolitische und sozialarbeiterische Funktionen. Entsprechend setze sich auch ihr Personal aus Sozialarbeitern, Pflegefachleuten, Psychologen aber auch ehemalige Polizisten zusammen; auch dem multikulturellen Aspekt werde Rechnung getragen. Die Handlungsmaximen der sip wädi heissen Koexistenz und Toleranz und spiegeln so die Zielsetzungen des Stadtrats wider, welcher den öffentlichen Raum unterschiedlichen Nutzern gewährleisten wolle. Komme es zu Pöbeleien, Nachtruhestörungen und Littering interveniere die sip wädi, indem sie den Akteuren klar mache, dass ihr Verhalten und nicht etwa sie selbst störend wirke; bahnen sich Streitigkeiten an, appelliere die sip wädi an die Vernunft der Störer und versuche, zu deeskalieren. Oder – profan ausgedrückt: Die sip wädi nehme all jene in die Pflicht, welche mit Tempo 200 durch die Kinderstube gerast seien oder gar nie eine solche gehabt hätten, und für die darum Respekt und Anstand Fremdwörter seien.

Seit dem Piloteinsatz der sip wädi verzeichne der Stadtrat einen Rückgang an Reklamationen von Anwohnern und Passanten. Auch die Einsatzstatistik vermittle ein positives Bild: Von insgesamt 536 Interventionen im letzten Jahr verliefen 512 erfolgreich; in den übrigen

Fällen musste die Polizei gerufen oder andere Massnahmen eingeleitet werden. Im 2012 habe man nun den Pilotversuch fortgesetzt und zugleich das Einsatzgebiet der sip wädi auf den Rosenmattpark, die Alte Fabrik und die Schulanlage Eidmatt und Glärnisch ausgedehnt. Die Kosten belaufen sich auf Fr. 85'000.-- im 2011 und Fr. 100'000.-- im laufenden Jahr. Mit der vorliegenden Weisung wolle der Stadtrat nun die sip wädi ab 2013 definitiv einführen, Kostenpunkt Fr. 100'000.-- pro Jahr. Der Stadtrat unterhalte die sip wädi nicht selber, sondern kaufe die Leistung bei der Stadt Zürich ein, welche mit der sip züri seit über zehn Jahren positive Erfahrungen gemacht habe. Rechtliche Grundlage bilde eine kündbare Leistungsvereinbarung zwischen der Stadt Wädenswil und dem Sozialdepartement der Stadt Zürich.

Die Sachkommission habe sich – fachlich unterstützt durch den Chef der Stadtpolizei und Vertretern der sip züri – gründlich mit dem modernen dreiteiligen Sicherheitskonzept und besonders mit der sip auseinandergesetzt. Sicherheit, Ruhe und Ordnung haben sehr hohe Priorität. Vieles überzeuge denn auch und werde begrüsst, so:

- die positiven und mit Zahlen untermauerten Ergebnisse der Pilotversuche;
- die sehr gute Zusammenarbeit zwischen der Polizei und der sip wädi;
- die Ausdehnung der Perimeter auf die vorher erwähnten Gebiete.

Ihre zustimmende Haltung möchte die Sachkommission aber noch mit einigen Empfehlungen und Hinweise ergänzen:

Immer wieder seien aus dem Raum Rosenmattpark, Eidmatt und Santiago-See-Bar Klagen der Anwohnerschaft aufgetreten, was auf einen offensichtlichen Handlungsbedarf hinweise. Wichtig sei zudem, dass die sip wädi in die frühen Morgenstunden im Einsatz bleibe, wenn die letzten Lokale schliessen und die Nachtruhe durch lärmende Gäste gestört werden könne; lärmern und pöbeln tun übrigens bei weitem nicht nur Jugendliche, sondern sehr oft auch ältere Erwachsene. Schliesslich sei darauf zu achten, dass sich nicht neue neuralgische Punkte bilden, wie beispielsweise im Raum Credit Suisse oder sogar im Bahnhof Au.

Die einstimmige Sachkommission empfehle Eintreten und Zustimmung zur Weisung 19.

Gleiches könne sie im Namen der einstimmigen SVP-Fraktion bekanntgeben. Die SVP habe sich schon früher von der Notwendigkeit der sip wädi als einen Tragpfeiler des Sicherheitskonzepts überzeugen lassen. Ihre Zustimmung zu den Fr. 100'000.-- pro Jahr sei aber trotzdem begeisterungslos. Denn es sei schlicht bedenklich, dass für Massnahmen, die eigentlich bei der Erziehung im Elternhaus ansetzen müssten, spezielle Sicherheitskräfte eingestellt und vom Steuerzahler berappt werden müsse. Die "68er-Romantik" lasse grüssen. Ein weiterer Grund für ein Ja der SVP zur sip wädi sei die Unterstützung der Polizei. Die sip wädi ersetze nicht mehr Polizisten, aber sie entlaste die Polizei von Aufgaben, die für sie eher unattraktiv seien. Und die SVP wolle eine wirksame und motivierte Polizei.

Sie schliesse ihre Ausführung mit einem Dank für die wertvolle Unterstützung an die Abteilung Sicherheit und Gesundheit, namentlich an Stadtrat Thomas Largiadèr, Paolo Mikus, Chef Stadtpolizei, und an Abteilungsleiter Andreas Ledermann. Ein weiterer Dank gehe an die Vertreter der sip züri, Christian Fischer und Peter Laib.

Michael Vogt, CVP, teilt mit, dass er immer gemeint habe, dass es in Wädenswil ab Mitternacht keine Menschen mehr auf der Strasse habe. Mit der Weisung 19 sei er etwas Besserem belehrt worden. Die Erfahrungen, welche mit sip wädi gemacht wurden, seien durchwegs positiv, so dass auch die CVP einer definitiven Einführung zustimme. Wichtig für die CVP-Fraktion sei aber, dass die Patrouillen nicht nur am Bahnhof, Seeplatz und in der Region Güterschuppen verkehren, sondern auch im Zentrum, vor allem im Bereich Rosenmattpark, CS Gebäude und auch beim Bahnhof Au.

Peter Dolder, FDP, teilt mit, dass die FDP-Fraktion einstimmig für das Eintreten und Zustimmung zu dieser Weisung sei.

Erlaube man ihm auch bei dieser Weisung noch einen Hinweis:

Gern würden sie jeweils im Geschäftsbericht lesen können, wie sich die sip im abgelaufenen Jahr gemacht habe, so wie man dies im diesjährigen Bericht auf Seite 118 schon ein wenig konnte. Wünschenswert wäre, wenn kurz zusammengefasst sei, was man erwartet hätte und was tatsächlich erreicht worden sei.

Rita Hug, GP, teilt mit, dass man das Ausgehverhalten der Jugendlichen mit früher und länger beschreiben könne. Im immer noch früheren Alter seien sie zu längeren Ausgangszeiten unterwegs. Die Kommunikation untereinander gehe blitz schnell – man verabrede sich und hole sich noch die nötigen Getränke. Es sei alles so einfach. Man müsse sich nur noch die Stunden die man draussen sein darf, irgendwie um die Ohren schlagen. Und dort begännen die Probleme oftmals. Mit dem "Herumhängen" steige der Alkoholpegel oder die Lust, noch etwa anzustellen. Wobei das Alter auch sehr variieren könne – von ganz Jugendlichen bis hin zu Älteren, die eigentlich wissen sollten, was sich gehöre.

Die sip wädi habe in ihrem Versuchsbetrieb der seit dem März 2011 laufe bewiesen, dass sie sehr gut mit Nachtschwärmern jeden Alters umgehen könne. Sie können in ihrem Bericht sowie auch in ihren Ausführungen in der Sachkommission glaubhaft schildern, dass sie einen positiven, präventiven Einfluss hätten, auf Personen, die sich in der Nacht im öffentlichen Raum aufhalten. Durch ihr kompetentes Auftreten hätten sie sich in Wädenswil schon bereits den nötigen Respekt verschafft.

Die Fraktion der Grünen beurteile die Arbeit der sip als Ergänzung zur Polizei und Sozialarbeit als positiv. Es seien gesellschaftliche Veränderungen die nicht immer tolerierbar seien, die sie aufzufangen versuchen. Es müsse nicht immer gleich die Polizei sein – aber dennoch möchte man ein Gefühl der Sicherheit und Ordnung auch im Stadtkern haben. Da die sip wädi in diesen Bereichen die letzten Monate gute Arbeit geleistet habe, unterstütze die Fraktion der Grünen die Weisung 19 und sei für die definitive Einführung der sip.

Willy Rüegg, SP, erklärt, dass sie in der Sachkommission Einblicke in die Rapporte der Tätigkeit der sip bekommen hätten. Wädenswil sei eine Stadt mit einem reichhaltigen Nachtleben, mit allen positiven und negativen Folgen. In diesem Zusammenhang leiste die sip

zweifelslos einen wertvollen Beitrag durch Deeskalation, Intervention und Prävention. In den meisten Fällen der Versuchsphase habe die sip wädi positiv eingreifen können und zusätzliche Ordnung geschaffen. Sogar viele nachtlebensgewohnte Menschen und auch junge Partygänger sagen selber, sie fühlen sich dank der sip sicherer im Nachtleben. Dies müsse so sein, denn man wolle das Nachtleben überhaupt nicht verbieten, sondern man wolle es für alle Involvierten ausgeglichen und erträglich machen. Für die, die Ruhe brauchen und für die, die feiern wollen. Jetzt müsse man diese ein wenig entflechten, auseinander halten und das Gespräch suchen und vermitteln. Genau das mache die sip auf eine wirklich gute Art. Die Sachkommission habe sich selber davon überzeugen können und habe auch Erklärungen bekommen wie die sip arbeitet, ihr Personal rekrutiere und ausbilde.

Für die Stadt Wädenswil sei auch der Hintergrund des Einsatzes der sip wichtig. Ein Teil vom Sicherheit- und Ordnungskonzept, wichtig scheine ihm auch zu erwähnen, dass der Einsatz der sip auf der Basis einer starken Vernetzung erfolge. Eine Vernetzung von all den Organen, Polizei, Schule, Stadtrat, sip, usw. Der Erfahrungsaustausch, genaues Hinschauen, koordiniertes Handeln und somit eine Zurückgewinnung der sozialen Kontrolle. Dies sei sehr wichtig und sehr erfolgreich.

Die SP stehe einstimmig für Eintreten und Zustimmung zur Weisung ein.

Hanspeter Andreoli, BFPW, teilt mit, dass sie es vom Forum eigentlich eine verrückte Sache fänden, wenn man Fr. 100'000.-- pro Jahr ausgeben müsse um friedliche, vom Ausgang heimkehrende Passanten zu schützen oder Leute vom Littering abhalten zu müsse. Die Protokolle des letztjährigen Versuchsjahrs gäben ja genau Aufschluss, wie solche Interventionen der sip vor sich gehen. Da werde mehrmals meist alkoholisierten Jugendlichen gesagt, sie sollen ihren Abfall aufräumen, oder es werde gesagt, dass man die Steine, welche man auf der Strasse geworfen habe, wieder zu entfernen habe. Auf Grund solcher Tatsachen frage man sich schon, wo da die elterliche Erziehung geblieben sei. Aber anscheinend sei dies eine Zeiterscheinung, denn man könne ja in der heutigen Zeit auch ein Privatgrundstück einfach so besetzen. Nichts desto trotz und auch weil der Perimeter gegenüber dem letzten Jahr ausgedehnt werde, seien sie vom BFPW für Eintreten und Zustimmung der Weisung 19, gemäss Bericht und Antrag der Sachkommission.

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit, Thomas Largiadèr, möchte der Sachkommission und ihrer Präsidentin Charlotte Baer herzlich danken für die gute, speditive und schnelle Bearbeitung der Weisung und auch für den gut verfassten Bericht, welcher es auf den Punkt bringe, welche Vorteile aber auch welche kritischen Aspekte die sip beinhalte. Die sip solle ermöglichen, dass der öffentliche Raum für alle da sei, die sip sei ein Beitrag dazu aber nicht die einzige Lösung. Man könne auch von der sip keine Wunder erwarten, sie könne nicht überall und auch nicht überall gleichzeitig sein. Was vielleicht auch gut sei, es sei ja nicht das Ziel, dass man überall und flächendeckend Präsenz zeige. Vielleicht könne dies zu negativen Reaktionen führen. Die sip sei ein Beitrag dazu, aber nicht die einzige Lösung. Es sei ein vernünftiger und guter Ansatz für das Zentrum von Wädenswil. Er bitte den Rat die Weisung zu unterstützen, für ein bisschen ein sichereres, saubereres und toleranteres Wädenswil.

Berti Stocker, EDU, teilt mit, dass es bedauerlich sei, dass es nicht mehr möglich sei friedlich und respektvoll nebeneinander zu leben. Es scheine auch, dass Rücksicht und Achtung vor dem Mitmenschen ein Fremdwort sei. Dass es soweit führe, dass es Aufsichtspersonal brauche um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Die sip sei ein gutes Instrument diesem Verhalten entgegenzuwirken. Wie aus den Zahlen hervorgehe, werde diese Arbeit auch mit Erfolg getan. Daher mache es Sinn, die definitive Einführung der sip zu befürworten und die nötigen Finanzen der jährlich wiederkehrenden Fr. 100'000.-- einzusetzen. Es sei nicht gratis, alles habe seinen Preis. Die Fraktion des EVP/EDU sei für Zustimmung der Weisung 19.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 19.

Detailberatung:

Präsidentin der Sachkommission Charlotte Baer, SVP, möchte noch etwas anfügen, nicht als Kommissionspräsidentin und Fraktionschefin, sondern im Interesse der Anwohnerschaft. Mit der sip wädi, habe sich zwar die objektive Sicherheit verbessert. Sie könne aber keine Wunder bewirken und nur da wirken, wo sie eben gerade sei. Es werde auch in Zukunft Anwohner geben, die mit Klagen und unappetitlichen Fotos von Littering auf sich aufmerksam machen werden. Diese seien ernst zu nehmen. Sie bitte den Stadtrat in Zukunft dem Rechnung zu tragen. Denn viele seien zu Kooperation bereit, beispielsweise im Rahmen eines runden Tisches, und da und dort hätten sie auch selber unaufgefordert und gratis die Folgen von Vandalismus behoben. Andere wiederum hätten resigniert und erwogen den Wegzug aus Wädenswil, darunter Steuern zahlende Gewerbetreibende.

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt einstimmig der Weisung 19, vom 6. Februar 2012, betreffend definitive Einführung von sip wädi, zu.

04.05.20

7. Weisung 20, vom 20. Februar 2012, betreffend Teilrevision privater Gestaltungsplan Sträuli, Festsetzung

Eintretensdebatte:

Präsident der Raumplanungskommission Daniel Tanner, SP, teilt mit, dass im Juli 2010 die Stadt Wädenswil den privaten Gestaltungsplan Sträuli genehmigt habe. Somit stünde dem Bau mit neuer Nutzungsform an der Einsiedlerstrasse 4 nichts mehr im Weg. Mit der Weisung 20 habe der Stadtrat den, während der Bauphase entstandenen, erhöhten Raumbedarf der ZHAW aufgenommen und unterstütze das Begehren. An der maximalen Geschossfläche von 4'800m² werde nichts verändert. Hingegen überlasse die Stadt neu dem

Bauherrn, wie die Aufteilung zwischen Wohn- und Dienstleistung gestaltet werde. Neu dürfe demnach die gesamte Geschossfläche für Arbeitsplätze und Dienstleistung genutzt werden.

Die Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften ZHAW, mit ihrer kommunalen bis internationalen Ausstrahlung, geniesse weit über Wädenswil hinaus bestes Ansehen. Wenn die ZHAW jetzt mehr Raum benötige und im vorliegenden Bauprojekt auch fündig geworden sei, freue sich die Kommission darüber. Eigentliche Probleme könne die Kommission keine ausmachen. Auch die Frage der Erschliessung sei durch die Abteilung Planen und Bauen verständlich dargelegt worden. Vom Bahnhof her sei das Gebäude bestens zu Fuss zu erreichen. Falls später doch eine Haltestelle für einen Bus eingerichtet werden müsste, seien bereits zwei Möglichkeiten vorgesehen. Für die gesamte Kommission stand rasch fest, dass sie das Begehren unterstützen könne. Auch bei diesem Geschäft sei die Zusammenarbeit mit Stadtrat Planen und Bauen Heini Hauser besten vonstattengegangen.

Die einstimmige Raumplanungskommission sei für Eintreten auf die Weisung 18. Die ebenfalls einstimmige Raumplanungskommission empfehle Annahme der Anträge 1 bis 4 der Weisung 20.

Er könne auch mitteilen, dass die SP-Fraktion alle vier Anträge unterstütze.

Simon Kägi, GP, sagt, dass die Grünen den privaten Bauherren in seinem Vorhaben unterstützen, die Stadt Wädenswil als Bildungsstadt zu stärken und sich zu positionieren. Der private Gestaltungsplan sei sehr sinnvoll und man ihn mittragen und unterstützen müsse.

Marcel Bättig, SVP, teilt mit, dass Bildung und Forschung wichtige Ressourcen für die Stadt Wädenswil und die Au seien. Wädenswil könne sich jedoch als Bildungsstandort nur dann weiterentwickeln, wenn auch genügend Raum zur Verfügung stehe. Deshalb begrüssen sie die Teilrevision des Gestaltungsplanes Sträuli ausdrücklich. Das betroffene Gebiet sei gut erschlossen und in Bahnhofsnähe, so dass sich die Emissionen tagsüber in Grenzen halten dürften. Unschön fänden sie einzig den Verlust von Wohnraum.

Ihre Fraktion sei einstimmig für Eintreten und Annahme der Weisung 20 betreffend Teilrevision des Gestaltungsplans Sträuli.

Thomas Bürge, FDP, teilt mit, dass die FDP-Fraktion einstimmig für Eintreten auf die Weisung 20 sei und den Antrag des Stadtrats unterstütze. Man soll aber aufpassen, dass das Gewerbe und die Industriegebiete bei aller Begeisterung für die Bildungsstadt Wädenswil nicht vergessen gehen.

Rahel Sonderegger, EVP, führt aus, die Weisung 20 sei eine Teilrevision. Es gehe nur um eine Nutzungsänderung nicht aber um Veränderungen im Bauvolumen, in der Ausnützung, Parkierung oder in der Erschliessung.

Die Änderung lasse mehr Spielraum für die ZHAW offen, welche immer mehr Platz beanspruche. Sie begrüssen, dass an diesem Standort, welcher zum Hochschulcluster Wädenswil Ost gehöre, mehr Schulraum realisiert werden könne.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, verzichtet aufgrund der fortgeschrittenen Zeit auf eine detaillierte Stellungnahme. Er möchte aber Thomas Bürge noch zu bedenken geben, dass in dieser Nutzung, die man mit dem Gestaltungsplan bewillige auch Arbeitsplätze für das Gewerbe möglich sei. Es sei nicht so, dass sie die Nutzung nur für die Hochschule festlegen.

Abstimmung zum Eintreten:

Der Rat stimmt einstimmig für das Eintreten auf die Weisung 20.

Detailberatung:

Keine Wortmeldungen

Schlussabstimmung:

Der Rat stimmt einstimmig der Weisung 20, vom 20. Februar 2012, betreffend Teilrevision privater Gestaltungsplan Sträuli, Festsetzung, zu.

30.00

8. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 2. Oktober 2011, begründet am 19. Dezember 2011, betreffend Sicherstellung der Ordnung und Nachtruhe; Beantwortung

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit, Thomas Largiadèr, führt aus, dass die Sicherheit und die Ordnung in Wädenswil gewährleistet sei. Die Haltung des Stadtrats mag nicht dieselbe sein wie die vom Interpellant. Es sei eine Frage des Standpunkts, es wurde darüber diskutiert und daher auch die Weisung zur sip. Obwohl die Sicherheit und Ordnung gewährleistet sei, tauchen trotzdem gewisse Konflikte oder Probleme auf. Der Stadtrat sei aber immer bemüht, den Anliegen nachzukommen, nicht nur in der jetzigen Zusammensetzung, sondern auch früher bei seinen Vorgängern. Insofern gehe er nicht auf alle Punkte ein und er wisse, dass der Interpellant vielleicht nicht ganz zufrieden mit der Beantwortung sei.

Albert A. Stahel, GLP, sagt, es sei ja bereits angetönt worden, dass er vermutlich mit der Beantwortung nicht ganz zufrieden sei, vor allem wenn er die Beantwortung bei der Frage 1 anschau, spreche man hier von einer Nichtbeantwortung. Die nächsten Gemeinderatswahlen lassen grüssen, sie danken dafür dass sie nun diese Nichtbeantwortung haben. Dies werden sie natürlich in den Quartieren ausnützen.

Die Frage 2 sei ebenfalls einer Nichtbeantwortung und werde ebenfalls von ihnen ausgenutzt. Michael Gorbatschow, habe damals dem Vorsitzenden Honecker gesagt: "Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben." Kurz nach dem Fall der Mauer habe es die DDR nicht mehr gegeben und den Honecker auch bald nicht mehr.

Man müsse bei genauer Betrachtung schon aufpassen, was man hier für Antworten gebe.

Bei der Frage 3 gebe es offenbar einen Widerspruch, einerseits stehe in der Polizeiverordnung, dass ein Verweis nicht vorgesehen sei, aber auf der anderen Seite schon. Entweder man habe es oder man habe es nicht. Und zur Frage 4, wenn es eine solche Lücke gebe, müsse diese in der Polizeiverordnung geschlossen werden und zwar so, dass man effektiv solche Verweise durchsetzen könne.

Betreffend Kostenbeteiligung der Schweinereien, sei er der Meinung, dass gesetzliche Grundlagen eingeführt werden müssen. Übrigens gebe das Geld und das Geld könne man sehr gut einsetzen, unter anderem auch für die Finanzierung der Stadtpolizei.

Die Interpellation betreffend Sicherstellung der Ordnung und Nachtruhe gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

30.00/33.06

9. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 18. Dezember 2011, begründet am 30. Januar 2012, betreffend Sicherheit im Bahnhofquartier; Beantwortung

Stadtrat Sicherheit und Gesundheit, Thomas Largiadèr, teilt mit, dass alle gestellten Fragen mit Ja beantwortet werden können. Trotzdem befürchte er auch hier, dass der Interpellant nicht zufrieden sei. Aber das liege wohl in der Natur der Sache, dass man hier mit dem Konflikt nicht auf der grossen Weltbühne sei, sondern in Wädenswil.

Albert A. Stahel, GLP, führt aus, dass dies klar eine Fehlbeurteilung von Thomas Largiadèr sei, denn diese Beantwortung sei seriös und weitgehend zufriedenstellend, aber man solle aufpassen bei der Frage 1. Überfälle in Zügen nehmen zu. Er wisse konkret, was sich bei der SBB abspiele, erst vor kurzem sei der ICN zwischen Zürich und Aarau überfallen worden. Deshalb hoffe er, dass die Zusammenarbeit zwischen den Polizeiorganen in der Zukunft intensiviert werde.

Er sei dem Stadtrat dankbar, dass er in absehbarer Zeit in die Polizeiverordnung einen Artikel für die Videoüberwachung aufnehmen wolle. Er hoffe, dass der Stadtrat dabei alle Unterführungen zu den beiden Bahnhöfen berücksichtigen werde.

Er selber sei an der Vereidigung der zwei zusätzlichen Stadtpolizisten gewesen. Nach wie vor sei er aber der Meinung, dass man zu wenig Polizisten hätte. Deshalb plädiere er für eine massive Aufstockung, nicht weil er eine totale Repression wolle, sondern weil er eine genaue Unterstützung an den sicherheitsrelevanten Orten möchte.

Die Interpellation betreffend Sicherheit im Bahnhofquartier gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

16.12

10. Interpellation von Beatrice Gmür, SP, vom 28. März 2012, betreffend Glasfasernetz; Begründung

Beatrice Gmür, SP, erklärt, dass die Firma in der sie arbeite vor zwei Jahren mit der Datenkapazität an ihre Grenzen gestossen sei und daher haben sie sich für Glasfaseranschlüsse entschieden. Da sie nicht nur viele Daten beziehen, sondern ebenso viele zurück speisen. Man habe sich auf die Suche nach einem Anbieter gemacht, und schnell gemerkt, dass dies nicht ganz billig sei. Der erste Schritt sei gewesen, Partner zu suchen, die auch bereit gewesen seien, diesen Schritt zu machen und etwas zu investieren. Sie hätten Glück gehabt, dass sie in einem grossen Geschäftshaus seien, und somit schnell Partner gefunden worden seien. Jetzt sei es installiert, nun seien sie aber auch abhängig von dem einen Anbieter, ob sie nun zufrieden seien oder nicht.

Das habe sie dann zu dieser Interpellation gebracht. Strom, Wasser, Telefon sei für alle klar, dass dies die öffentliche Hand anbiete. Aber der Datenverkehr sei heute auch eine Basic-Anforderung, und dem müsse jeder einzelne nachspringen. Sie sei auf die Suche nach anderen Gemeinden gegangen, die dies bereits als ihre Sache erklärt haben und dies anbieten. Grosse Gemeinden wie Zürich, Bern und Luzern, mittlere wie Biel und Chur oder kleine Gemeinden wie Flawil oder Gampel. Wie stehe es denn mit Wädenswil? Man wolle eine Bildungsstadt sein, oder die dritte Stadt am Zürichsee. Man wolle qualifizierte Arbeitsplätze anziehen und man wolle einen gehobenen Wohnstandart anbieten.

Sie glaube, dass es eine gute Sache wäre, wenn die öffentliche Hand und Anbieter zusammen dieses Problem angehen und dafür sorgen, dass die Konkurrenz gewährleistet sei und man nicht von einem Anbieter abhängig werde.

Dies sei sicher etwas, das zum Standortvorteil von Wädenswil zählen würde.

Die Interpellation betreffend Glasfasernetz geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

* Jonas Erni verlässt den Bock*

20.03.00/33.03

11. Postulat von Jonas Erni, SP, vom 10. April 2012, betreffend Gastronomiebetrieb im Gebiet Gerbestrasse/Rosenmattpark; Begründung

Jonas Erni, SP, fragt, was die Attraktivität einer Stadt aus mache? Nein, es sei nicht der tiefe Steuerfuss, sondern ganz verschiedene Faktoren. Verschiedene Studien haben ergeben, dass Qualität, Infrastruktur oder aber auch ein attraktives Ortszentrum, gute Schulen

und ein Faktor, den man nicht beeinflussen könne, die Nähe zu einem grösseren Zentrum, also Zürich, dazu zählen.

Bei den Faktoren, die beeinflusst werden können, wie Zentrumsplanung oder Infrastruktur sei man gefordert. Denn wenn man ein intaktes und vielseitiges Ortszentrum haben wolle, sei es nicht nur mehr Lebensqualität für die Bevölkerung, sondern das lokale Gewerbe profitiere ebenfalls davon. Und zum Zentrum gehören natürlich auch Gastrobetriebe. Leider habe man feststellen müssen, dass genau in dem Bereich Gerbestrasse drei Verpflegungs- und Gastrobetriebe aufgelöst worden seien.

Sie als SP würden es begrüssen, wenn die Stadt in solchen Bereichen offensiv wäre, wie zum Beispiel die Stadt Zürich. Es sei bekannt, dass die Stadt Zürich verschiedene Gastrobetriebe in ihrem Besitz habe und diese verpachten. Sie seien sich aber auch bewusst, dass dies bei der bürgerlichen Mehrheit im Rat in Wädenswil keine Chance habe und darum sei das Postulat auch anders formuliert worden. Es gebe viele Möglichkeiten, hier sei die Kreativität des Stadtrats gefordert, wie man einen Gastrobetrieb wieder ermöglichen könne.

Dass es wirklich ein Anliegen der Bevölkerung sei, habe sich an der Veranstaltung der Zentrumsplanung gezeigt. Unabhängig voneinander seien zwei Personen auf den Stadtrat zugekommen und haben gefordert, dass dort unbedingt wieder ein Restaurant- oder Gastrobetrieb ermöglicht werden soll.

Stadtrat Planen und Bauen, Heini Hauser, teilt mit, dass der Stadtrat bereit sei, das Postulat entgegenzunehmen und zu prüfen.

Peter Schuppli stellt den Antrag auf Abschreibung.

Peter Schuppli, FDP, führt aus, dass dies nicht eine Aufgabe des Stadtrats sei, zudem habe die SP mit dem Volkshaus bewiesen, dass sie erfolgreich ein Restaurant installieren könne und das sollen sie nun wieder beweisen.

Jonas Erni, SP, erklärt, dass nicht das Volkshaus, sondern die Volkshausgenossenschaft der SP gehöre. Aber wenn der Rat bereit sei, mit ihnen allen eine Genossenschaft zu gründen um so einen Gastrobetrieb zu ermöglichen, seien sie auch gerne bereit dazu.

Aber warum soll dies keine Aufgabe der Stadt sein? Die Stadt könne viel einfacher Grundlagen schaffen, damit dort ein Gastrobetrieb gemacht werden könne. Sie fordern nicht, dass die Stadt etwas kaufe oder selber baue, aber es gebe noch anderweitige Möglichkeiten.

Simon Kägi, GP, sagt, als er das Postulat gelesen habe, sei er erstaunt gewesen, was die Stadt Wädenswil hier in die Hand nehmen soll. Vielleicht gehe es aber in die gleiche Rich-

tung wie "wädi rollt", "wädi wischt", "wädi kocht". Er wisse nicht, ob es sich lohne, ein solches Postulat zu überweisen.

Erich Schärer, SVP, ist ab der Entgegennahme des Stadtrats sehr überrascht. Was für ihn sicher nicht in Frage käme, sei ein Gastrobetrieb im Rosenmattpark, dies sei eine absolute Tabuzone.

Adrian Stucki, GP, führt aus, dass es einen Grund gegeben habe, wieso das Kafi Homberger geschlossen habe und Don Camillo keine Mittagsmenus mehr verkaufe. Er glaube es brauche keine Rahmenbedingungen einer Stadt, sondern es brauche initiative Wirte und Wirtinnen, die etwas Tolles auf die Beine stellen und Aktivitäten produzieren.

Für einmal müsse er Peter Schuppli Recht geben, das sei keine Aufgabe der Stadt.

Jonas Erni, SP, erklärt, dass es natürlich Gründe gäbe, warum die Betriebe geschlossen wurden. Don Camillo sei pensioniert worden und bei den anderen beiden wisse er es nicht im Detail. Es gehe nur um eine Prüfung und es wäre interessant zu wissen, welche Möglichkeiten man habe. Darum müsse das Anliegen zuerst geprüft werden, damit man anschauen könne, was überhaupt möglich sei. Und wenn er sich ein Strassenkaffee an der Gerbestrasse vorstelle, das stärke die Attraktivität von Wädenswil und bringe schlussendlich allen etwas, vor allem auch dem Gewerbe.

Zudem sei es ein Anliegen der Bevölkerung, wie er bereits vorher erwähnt habe, daher würde er es nicht verstehen, wenn das Postulat nicht überwiesen werden würde.

Schlussabstimmung:

Der Antrag auf Nichtüberweisung des Postulat betreffend Gastronomiebetrieb im Gebiet Gerbestrasse/Rosenmattpark wird mehrheitlich gutgeheissen. Das Postulat wird nicht an den Stadtrat überwiesen und wird als erledigt abgeschrieben.

01.03

12. Motion von Rahel Sonderegger und Tobias Mani, EVP, vom 11. Mai 2012, betreffend Bildung von Wahlkreisen für die Au und für fusionswillige Nachbargemeinden; Stellungnahme der Motionäre

Tobias Mani, EVP, teilt mit, dass es aus Sicht der EVP Sinn mache, den Gemeinderat Wädenswil in Zukunft in mehreren Wahlkreisen zu wählen. Die Gründe dafür seien mehrfach: Schon lange stelle er sich die Frage, ob es Sinn mache, dass Schönenberg und Hütten weiterhin eigenständig bleiben. Schon lange plante er daher einen entsprechenden Vorstoss. Spätestens mit dem ZSZ-Artikel vom 28. April wurde das Thema offensichtlich: "Die Berggemeinden sind unter Druck."

Der Druck komme vom Kanton, aber auch in den Nachbar-Gemeinden werde hinter vorgehaltener Hand gesagt, dass mit der jetzigen Gemeindegrösse erhebliche Nachteile bestehen würden. Druck von oben und Druck von unten, aber dieser Vorstoss soll kein Druck von der Seite sein. Es sei nicht an ihnen zu entscheiden, ob eine Fusion beispielsweise für Schönenberg oder Hütten Sinn mache und seine Höflichkeit verbiete ihm, Ausführungen über die kleinen und grossen Probleme zu machen. Einen Teil davon könne man ja der Zeitung entnehmen. Die entsprechenden Gemeinden müssen selber ihren Weg finden.

Es sei aber an ihnen, die Gemeindeorganisation fit zu machen und ihren Veränderungswillen zu zeigen. Mit der Bildung von Wahlkreisen könne es fusionswilligen Gemeinden nämlich wesentlich leichter fallen, einen Anschluss anzustreben, da eine Mitsprache im Parlament garantiert wäre. Aber auch für Wädenswil hätte eine solche Fusion Vorteile. Synergien wären sicherlich in mehreren Bereichen möglich.

Vor allem aber: Mit der Bildung von Wahlkreisen komme die Politik näher zu der Bevölkerung. Statt sich mit unbekannten Personen aus ganz Wädenswil bei den Wahlen auseinander zu schlagen, komme vermehrt der persönliche Bezug zum Tragen. Mit der Au hätte man ein ideales Stadtgebiet für einen eigenständigen Wahlkreis. Auch über den Wädenswiler Berg und über eine sinnvolle Aufteilung des restlichen Stadtgebiets könne man sich Gedanken machen.

Er hoffe, dass der Stadtrat offen sei für Neues und eine zukunftsgerichtete Bildung von Wahlkreisen zumindest in Betracht ziehe, zum Beispiel in dem er bereit wäre, die Motion mindestens als Postulat entgegenezunehmen.

Die Motion geht zur Erklärung an den Stadtrat.

34.03

13. Postulat der SVP/BFPW-Fraktion, vom 10. Mai 2012, betreffend Einführung eines Projekts "Wädi wischt"; Begründung

Erich Schärer, SVP, führt aus, dass seit mehreren Jahren das Projekt "wädi rollt" bestehe. Vor wenigen Wochen sei die Saisoneroöffnung gewesen. Vor fünf Wochen habe man aber die unbeliebten Laubbläser im Zentrum wieder zu hören bekommen, trotz der Versprechungen den Einsatz zu minimieren. Da es zu dieser Zeit sehr trocken gewesen sei, habe es im Rosenmattpark meterhohe Staubwolken gegeben. Das wollen sie nicht mehr sehen und sollte vorbei sein.

Wenn man sich am Wochenende im Zentrum bewege – im Gegensatz zu Albert Stahel wohne er im Zentrum – sehe man den Handlungsbedarf. Ebenfalls sollten allfällige Sprayerien umgehend entfernt werden.

Die Stadt Bülach, die durchaus vergleichbar mit der Stadt Wädenswil sei, betreibe seit einigen Jahren das Projekt Reisverschluss. Das Arbeitseinsatzprogramm Reisverschluss führe den politischen Auftrag der sozialen und beruflichen Integration aus. Der Reisverschluss

verstehe sich als Trainings- und Förderprogramm und unterstütze Erwerbslose und Sozialhilfeempfänger sich zu stabilisieren, zu qualifizieren und sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Etwas Vergleichbares wäre aus ihrer Sicht auch in Wädenswil möglich. Wädenswil sei im Städteranking von Platz 28 auf den Platz 47 abgerutscht, mit einer sauberen Stadt und einem sinnvollen Einsatz von Erwerbslosen könne dazu beitragen werden, dass man ein weiteres Abrutschen verhindern könne.

Die SVP/BPFW-Fraktion bedanke sich beim Stadtrat für die Entgegennahme.

Stadträtin Soziales, Felicitas Taddei, erklärt, dass der Stadtrat bereit sei das Postulat entgegenzunehmen und das Anliegen zu prüfen.

Simon Kägi stellt den Antrag auf Diskussion.

Abstimmung über den Antrag auf Diskussion (mit Stimmenzähler)

Der Rat stimmt mit 19:10 Stimmen für den Antrag auf Diskussion.

Simon Kägi, GP, führt aus, dass Wädenswil ja bereits dem Zweckverband Soziales Netz Horgen angehöre. Er würde gerne wissen, ob Wädenswil sich bereits jetzt an den Beschäftigungsprogramme beteilige?

Stadträtin Soziales, Felicitas Taddei, sagt, dass sich Wädenswil natürlich an den Beschäftigungsprogrammen beteilige. "Wädi rollt" sei für ein bestimmtes Segment von Klienten, es sei aber nicht so, dass man in Wädenswil verschiedenste "wädi wischt" oder "wädi räumt auf" machen könne, da – was ja eine schöne Aussage sei – man selber zu wenige Arbeitslose habe um ein neues Projekt starten zu können. Was sie aber sicher versuchen werden – daher seien sie auch bereit das Postulat entgegenzunehmen – sei innerhalb von bereits bestehenden Projekten, vom SNH wäre dies zum Beispiel die mobile Werkstatt, oder aber zusammen im Asylbereich, Personen zu integrieren.

Simon Kägi, GP, bedankt sich in diesem Fall für die Beantwortung des Postulats. Er sei sich nur nicht sicher, wieso es nun noch ein Postulat brauche, wenn Wädenswil bereits im Zweckverband sei, der Beschäftigungsprogramme anbiete und es in diesem Rahmen Möglichkeiten gebe. Er finde dieses Postulat brauche es nicht und stelle daher den Antrag auf Nichtüberweisung.

Schlussabstimmung:

Der Antrag auf Nichtüberweisung des Postulats betreffend Einführung eines Projekts "Wädi wischt" wird grossmehrheitlich abgelehnt. Das Postulat wird dem Stadtrat überwiesen.

31.00

14. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 15. Mai 2012, betreffend der Einrichtung einer Maturitätsschule; Begründung

Albert A. Stahel, GLP, informiert, dass Wädenswil bereits die Standortgemeinde einer Hochschule sei. Was nun noch fehle sei eine Maturitätsschule, nicht nur in Wädenswil, sondern auch für die umliegenden Gemeinden. Ob dies eine staatliche oder eine private Schule sein könnte, müsste im Einzelnen geprüft werden. Im ersten Fall dränge sich eine baldige Besprechung mit der Bildungsdirektion auf, im zweiten Fall wäre die Kontaktaufnahme mit einer privaten Schule wie die AKAD sinnvoll. So oder so, dürfe nicht zu lange gewartet werden. Der Bedarf für eine Mittelschule dürfte unbestritten sein.

Die Interpellation betreffend Einrichtung einer Maturitätsschule geht zur Beantwortung an den Stadtrat.

31.00

15. Interpellation von Albert A. Stahel, GLP, vom 14. Oktober 2011, begründet am 19. Dezember 2011, betreffend die Au als Hochschul- und Bildungsstandort; Beantwortung

Stadtpräsident, Philipp Kutter, sagt, dass man die schriftlichen Antworten im Bericht sehe. Die Hauptfrage sei, ob der Stadtrat ein Gesamtkonzept als Hochschulstadt habe, er befinde sich auf dem Weg dazu. Der Stadtrat habe das Strategiepapier Bildung- und Forschung ausgearbeitet, welches er auch im Rat vorgestellt habe. Das umfasse verschiedene Bereiche und verschiedene Handlungsfelder, angefangen von der Sichtbarkeit, der Zusammenarbeit der Institutionen, Thema Standort, oder Studentisches Wohnen. Es gäbe auch eine Arbeitsgruppe bestehend aus Vertretern der Institutionen, die die Umsetzung der Massnahmen begleitet und sich auch austausche über die aktuellen Tätigkeiten.

Das Ziel des Stadtrats sei, das haben sie auch als Schwerpunkt der Legislatur erklärt, dass man Bildung, Forschung und Innovation in Wädenswil sichtbar und spürbar mache. Sie seien der Meinung, dass sie damit den Rahmen gesteckt haben um dem Thema Forschung und Bildung mehr Fleisch am Knochen zu geben und so gehe man nun Schritt für Schritt vorwärts. Dies betreffe zum Beispiel die notwendige Räumlichkeiten, die gewisse Institutionen nötig haben. Der Rat habe heute einen Gestaltungsplan verabschiedet, ein kleines Mosaiksteinchen in diesem Bereich. Demnächst werde man den Gestaltungsplan zur Entwicklung des Gebiets Reidbach auf dem Tisch haben.

Unter dem Strich sei man gut unterwegs, sie hätten sich aber für das Quartier Wädenswil Ost ausgesprochen, dort sei eine gewisse Konzentration möglich und werde dort auch gewünscht. Nichts desto trotz gäbe es sicher die Möglichkeit neue Bildungsinstitutionen an anderen Orten anzusiedeln, zum Beispiel im Alcatel-Areal.

Albert A. Stahel, GLP, erklärt, dass er grundsätzlich mit der Beantwortung zufrieden sei. Jedoch habe er zur schriftlichen Beantwortung noch ein paar Kommentare.

Er möchte die Au nicht als Alternative, sondern als Zusatzstandort. Die Bildungsstadt Wädenswil müsse gesamtheitlich angeschaut werden. Er finde es gut, dass man die Hochschule im Augenmass habe, aber der Stadtrat sei verantwortlich für die gesamte Stadt und nicht für eine Hochschule. Es sei wichtig, dass man mit den Verantwortlichen vom Alcatel-Areal Kontakt aufnehme und zwar so bald wie möglich.

Zitat:

Einer der grössten Anführer der französischen Revolution, Georges-Jacques Danton – er war das Vorbild für Friedrich Engels und Wladimir Iljitsch Uljanow genannt Lenin – hatte dem Kampfspruch “de l’audace, de l’audace, encore de l’audace“. In Anlehnung an ihn möchte er dem Stadtrat in der Angelegenheit Bildungsstadt am Liebsten zurufen „Bewegung, Bewegung, noch mehr Bewegung“. Stillstand des Denkens führt zur Erstarrung des Handelns und damit zum Niedergang.

Die Interpellation betreffend die Au als Hochschul- und Bildungsstandort gilt als erledigt und wird abgeschrieben.

Gegen die formelle Abwicklung der Ratsgeschäfte werden auf Anfrage des Gemeinderatspräsidenten Jürg Wuhrmann keine Einwände erhoben.

Simona Truttmann, Ratssekretärin-Stv.